

Die „Freiheit“ erscheint täglich einmal als Morgenausgabe und Montag als Abendausgabe mit den Unterhaltungsbeilagen „Freie Welt“, „Frauen-Welt“ und „Der Jugend-Geselle“. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für den Monat Juni 42,- M., im voraus zahlbar. Bestellungen nehmen sämtliche Postämter entgegen. Unter Streifenband bezogen für Deutschland, Tschechien, das Saar- und Memelgebiet sowie die früheren deutschen Gebiete Polens und Rußlands 76,- M., für das übrige Ausland 94,- M.

Die abgegebene Kompartiments- oder deren Raum kostet 18,- M., einschließlich Inserentensteuer. Kleine Anzeigen: Das letzte Blatt des Wort 2,50 M., jedes weitere Wort 1,75 M., einschließlich Inserentensteuer. Laufende Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Gesuche 12,- M. netto pro Zeile. Stellen-Gesuche in Wort-Anzeigen: das letzte gedruckte Wort 2,- M., jedes weitere Wort 1,50 M.

Fernsprecher Zentrum 152 90-152 99

Freiheit

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

U.S.P.-Antrag für die Sachwertverfassung Leitsätze einer allgemeinen Finanzreform

Die Reichstagsfraktion der U.S.P. hat im Reichstage einen Antrag zur Sachwertverfassung eingebracht. Vor Eintritt in die Tagesordnung begründete in der gestrigen Reichstagsstimmung Genosse Crispian die Dringlichkeit des Antrages, die ohne Widerspruch beschlossen wurde, so daß der Antrag mit zur Debatte gestellt wurde.

Der Antrag lehnt sich in seinen Grundzügen an den gemeinsamen Kommissionseurwurf der U.S.P. und S.P.D. sowie des A.D.B. und der A.S.a. an. Da die rechtssozialistische Partei aus Rücksicht auf ihre bürgerlichen Koalitionspartner es abgelehnt hatte, den gemeinsamen Entwurf mit uns zusammen im Reichstage einzubringen, hat unsere Fraktion ihn selbständig in veränderter Form eingebracht. Der Antrag hat folgenden Wortlaut:

Der Reichstag wolle beschließen: die Reichsregierung zu ersuchen: dem Reichstag schnellstens den Plan für eine allgemeine Finanzreform auf Grund der nachstehenden Leitsätze, in deren Mittelpunkt die Erfassung der Sachwerte gestellt ist, vorzulegen:

I. Alle Körperschaften, die auf Grund des Körperschaftsteuergesetzes in der Fassung vom 8. April 1922 der Körperschaftsteuer unterliegen, haben bis 31. Dezember 1922 ihre Kapitalanteile um ein Drittel zu erhöhen und dem Reich abzutreten. Von jeder weiteren Erhöhung ist der vierte Teil an das Reich zu übertragen.

Das Reich nimmt im Verhältnis seines Besitzes an allen aus der Gesetzgebung oder den Gesellschaftsverträgen sich ergebenden Rechten teil.

II. Allen Unternehmungen im Gewerbe, Handel und Verkehr, die mehr als 100 Personen beschäftigen oder ein Anlagekapital von mehr als 1 Million Mark haben, oder falls das Anlagekapital unter 1 Million Mark bleibt, ein Betriebskapital von mehr als 1 Million Mark haben, ist durch Reichsgesetz die Pflicht zur Körperschaftsbildung aufzuerlegen. Für die durch ein solches Gesetz betroffenen Unternehmungen ist die Ueberführung in die Körperschaftsform zu erleichtern.

III. Gewerbliche Betriebe, bei denen die kaufmännischen Voraussetzungen der Bestellungen unter II fehlen, da sie bisher der Pflicht zur ordentlichen Buchführung und einer Registrierpflicht nicht unterworfen waren, sind künftig zur handelsgerichtlichen Eintragung verpflichtet. Für alle kaufmännischen, gewerblichen und Verkehrsbetriebe werden vom Finanzministerium einheitliche Richtlinien für die Buchführung herausgegeben.

IV. Auf jedes inländische, nicht durch I bis III erfaßte Grundvermögen, sofern es eine festzusetzende Höhe übersteigt, wird zugunsten des Reichs an erster Stelle eine Grundschuld in Höhe eines Viertels des von dem abgabepflichtigen Eigentümer angegebenen Wertes eingetragen.

Die Fälle mehrfacher Grundbesitzes, deren Einzelwert die Dreigrenze nicht erreicht, hat das Gesetz zu regeln.

V. Jeder abgabepflichtige Eigentümer inländischen Grundvermögens hat den Wert dieses Vermögens selbst einzuschätzen und dem zuständigen Finanzamt bis zum 31. Dezember 1922 anzugeben.

VI. Der Zinssatz der Grundschuld wird alljährlich festgesetzt. Für das Jahr 1922 beträgt er 5 Prozent. Für die späteren Jahre wird er jeweils vor dem 1. Oktober unter Berücksichtigung der inneren Kaufkraft der Mark durch Gesetz bestimmt.

VII. Das Reich ist bis zum 31. Dezember 1922 berechtigt, inländische unbewegliche Vermögen zu dem 60fachen der Jahreszinsen der Grundschuld zuzüglich eines Aufschlags von 20 Prozent zu übernehmen. Ueber jedoch das Reich dieses Recht nicht bis zum 31. Dezember 1922 aus, so hat es vor Ausübung dieses Rechts dem Abgabepflichtigen von dieser Absicht Kenntnis zu geben und ihm anheimzustellen, binnen vier Wochen seine Einschätzung um mindestens 20 Prozent zu erhöhen. Nimmt der Abgabepflichtige die Erhöhung nicht vor, so hat das Reich das Vermögen zu dem 60fachen der Jahreszinsen der Grundschuld zuzüglich 20 Prozent zu übernehmen. Nimmt jedoch der Abgabepflichtige die Erhöhung vor, so wird zugunsten des Reichs eine weitere Grundschuld in Höhe eines Viertels des Mehrbetrags eingetragen. Die neue Schätzung hat dann für das Uebernahmerecht des Reichs die gleiche Bedeutung, wie wenn sie bis zum 31. Dezember 1922 abgegeben worden wäre.

VIII. Abgabefrei sind:

- 1. die Länder;

- 2. die Gemeinden und Gemeindeverbände aller Art;
- 3. öffentlich-rechtliche Berufsvertretungen sowie wirtschaftliche Verbände ohne öffentlich-rechtlichen Charakter, deren Zweck nicht auf einen wirtschaftlichen Geschäftsbetrieb gerichtet ist;
- 4. die Anstalten der reichsgerichtlichen Unfall-, Invaliden-, Krankenversicherung und Versicherung für Angestellte;
- 5. Pensions-, Witwen-, Waisen-, Sterbe-, Kranken-, Unterhaltungsklassen und Rassen ähnlicher Art;
- 6. Universitäten, Hochschulen und ähnliche Anstalten und Gesellschaften;
- 7. Stiftungen, Anstalten, Rassen oder Personenvereinigungen, soweit sie ohne Beschränkung auf einen bestimmten engeren Personenkreis mildtätigen oder gemeinnützigen Zwecken dienen;
- 8. politische Parteien und Vereine.

IX. Durch besondere Gesetze sind die nach den vorstehenden Vorschriften nicht erfaßten Vermögen mit einer Prozentsatzigen Vermögensabgabe heranzuziehen. Diese Gesetze müssen eine der Leistungsfähigkeit entsprechende und der sozialen Gerechtigkeit Genüge leistende Gleichmäßigkeit der Besteuerung jeder Art gewährleisten.

X. Das gegenwärtige, sozialen Ansprüchen nicht genügende Erbrecht ist dahin zu ändern:

- 1. daß das Erbrecht der Verwandten der dritten und folgenden Ordnungen aufgehoben wird,
- 2. daß der Reichsfiskus gesetzliche Erbe wird, wenn zur Zeit des Erbfalls weder ein erbfähiger Verwandter noch ein Ehegatte vorhanden ist.

Dieses gesetzliche Erbrecht des Fiskus darf weder durch Testament (§§ 1907 bis 1940) noch durch Erbvertrag (§ 1941) angeschlossen oder beeinträchtigt werden. Vermächtnisse oder Auflagen zugunsten gemeinnütziger, wohltätiger, kultureller und religiöser Zwecke sind zulässig, dürfen aber in ihrer Gesamtheit ein Viertel des Nachlasses und 100 000 Goldmark nicht übersteigen.

3. Daß auch beim Vorhandensein von Erben der ersten und zweiten Ordnung oder eines Ehegatten des Fiskus, soweit der Erbanspruch des einzelnen berufenen Erben 100 000 Goldmark übersteigen würde, einen Erbanspruch auf den Wert des Uberschusses hat. Der betroffene Erbe kann verlangen, daß an Stelle der Herauszahlung des Uberschusses der Fiskus für einen Anspruch durch Einräumung eines entsprechenden Miteigentums an dem dem Erben zufallenden Nachlass oder Nachlassanteil befriedigt wird.

Wir sind überzeugt, daß auch die rechtssozialistischen Arbeiter diesem Antrag zustimmen werden, der endlich für die Frage der Sachwertverfassung gesetzliche Richtlinien gibt. Da der Gewerkschaftskongress in Leipzig einstimmig in einer Resolution sich für die Sachwertverfassung erklärt hat, werden auch die 7 1/2 Millionen freigerwerbschaftlicher Arbeiter hinter unserem Antrage stehen. Das Schicksal des Antrages im Reichstage wird symptomatisch sein für die Bereitwilligkeit der Volkvertretung, die Lasten des verlorenen Krieges endlich zum Teil wenigstens den Besitzenden aufzuerlegen.

Unsere Genossen im Lande aber rufen wir auf, überall in den Massenversammlungen, die sie jetzt gegen den Brotwucher und die reaktionären Putschpläne veranstaltet werden, auch unseren Antrag zur Sachwertverfassung zu erörtern. Nur der Massendruck von außen wird das Parlament vorwärts treiben!

Gewerkschaftskongress und Schlichtungsordnung

Leipzig, 22. Juni. (Eigenbericht.)

Der Gewerkschaftskongress lehnte heute mit allen Stimmen der rechtssozialistischen Delegierten (1/2 Mehrheit) einen Antrag der U.S.P.-Fraktion ab, wonach mit allen gewerkschaftlichen Mitteln verhindert werden soll, daß die Zwangsschlichtungsordnung Gesetz werde.

Damit dürfte aufs neue der Beweis erbracht sein, daß die rechtssozialistischen Delegierten in Leipzig vollkommen unter dem Diktat der rechtssozialistischen Koalitionspolitiker stehen und die Gewerkschaftspolitik parteipolitisch festlegen.

Die Verschandelung der Zwangsanleihe

Waren es am Dienstag die Herren Helfferich, Becker-Hessen und Hergt, die am eifrigsten bestrebt waren, aus der Zwangsanleihe statt eines „Westsopfers“ eine Entlastung des Besitzes zu machen, so durften am Mittwoch der „Demokrat“ Bernburg und der Zentrumsagrarier Herold nicht zurückbleiben. Scheinheilig erklärten die Herrschaften, daß sie angeblich keinen Schritt vom Steuerkompromiß zurückweichen, aber auch keinen Schritt weitergehen möchten. Das war Sand in die Augen.

Im Mantelgesetz über Änderungen im Finanzwesen ist ausdrücklich von dem Gegenwert einer Goldmilliarde die Rede, und die rechtssozialistische Presse wurde nicht müde, ihren Lesern zu erzählen, daß die Goldmilliarde ihr Erfolg und ein tatsächlich sichtbares „Opfer des Westes“ sei.

Wir sind diesem naiven Glauben schon damals entgegengetreten und haben immer wieder erklärt, daß von einem tatsächlichen Westopfer nicht gesprochen werden könne und die Zwangsanleihe einen Ersatz für die Erfassung der Gold- und Sachwerte nicht darstelle. Heute will von allen bürgerlichen Parteien kein Mensch mehr von einer Goldmilliarde geredet wissen, sondern man bezeichnet die Aufbringung von 60 Papiermilliarden schon als ein weitgehendes Entgegenkommen.

Der Reichsfinanzminister Hermes erklärte ziemlich lendenlahm, daß der Regierungsentwurf über die Zwangsanleihe auf den Beschlüssen des Mantelgesetzes basiere, eine Änderung des Erbschaftsteuergesetzes erachte er gleichfalls für notwendig, doch esse die Sache keineswegs und dürfte denn nicht nur eine Änderung des Tarifs, sondern auch eine technische Vereinfachung notwendig sein. Nachdem der Rechtsvereinfachung notwendig sein.

Nachdem der Rechtssozialist Hartkeiß an Beispielen nachgewiesen hatte, daß Industrie, Handel und Banken schon längst stille Reserven geschaffen haben, aus denen die Zwangsanleihe bestritten werden solle, wurden diese Nachweise von unserm Genossen Soldmann wirkungsvoll ergänzt. Er behandelte das Kapitel der Steuerdefraudationen und der Bilanzaufstellungen, wobei er besonders auf die Bilanz der Drenstein und Koppel-A.-G. hinwies, die 320 Millionen Bankguthaben ausweist, von denen 250 Millionen aus Erbrüngen des Betriebs entstammen.

Das Abweichen von der Goldmilliarde bezeichnete unser Genosse Soldmann als direkte Sabotage und wies gleichzeitig nach, daß bei deren Umwandlung in den fixierten Betrag von 60 Papiermilliarden die Besitzenden das größte Interesse an weiterer Geldentwertung hätten, was aber andererseits den chronischen Hungerzustand für die Arbeiterklasse bedeute, in der heute schon Hunderttausende in Unterernährung dahinsiechen, während Schlemmerei und Prafferei immer üppigere Formen annehmen. Der Erbschaftsteuerverflechter nach den Plänen der Deutschnationalen und der Volkspartei würde man den schärfsten Widerstand entgegensetzen, soweit es sich nicht um kleine Erbschaften bei den nächsten Verwandtschaftsgraden handele. Entschieden bestritt Soldmann die Auffassung des Ministers Hermes, daß die Geldentwertung bei der letzten Abänderung der Einkommensteuer berücksichtigt worden sei. Gerade in den letzten Monaten habe eine bis jetzt nie dagewesene Verschlechterung der Kaufkraft der Mark und eine Erhöhung der Lebenshaltungskosten stattgefunden. Ueber den vom Minister ausgesprochenen außenpolitischen Bedenken tränden die Lebensinteressen der deutschen Arbeiterklasse, die zum Teil nur mehr vegetiert, aber nicht mehr menschenwürdig leben kann.

Die Donnerstagstimmung des Steuerausschusses brachte den bürgerlichen Steueraboteuren bereits einen ausschlaggebenden Erfolg. Deutschnationaler, Volksparteiler, Demokraten und Zentrum setzten bei § 1 des Gesetzes durch, daß die Goldmilliarde beseitigt und an dessen Stelle 60 Papiermilliarden gesetzt wurden. Von den Rechtssozialisten traten Kohmann und Bernstein, von unabhängiger Seite die Genossen Soldmann und Kurt Meyer dieser Verschlechterung entgegen. Letzterer betonte, daß diese Umformung ein Geschenk an die Besitzenden in Höhe von 15 Milliarden Mark bedeute, da bei dem heutigen Stand der Papiermark der Gegenwert einer Goldmilliarde bereits 75 Milliarden in Papiermark aus-

maße. Von unserer Seite wurde auch bestritten, daß der Ausschuss eine solche Aenderung vornehmen könne und wenn diese Verschlechterung bliebe, die Einbringung eines Gesetzesentwurfes zur Erfassung der Sachwerte erst recht unumgänglich würde.

Auch die Verzinsung der Anleihe erfährt eine Aenderung gegenüber der Regierungsvorlage. Helfferich wollte schon vom ersten Tage an die Anleihe verzinst sehen; angenommen wurde ein volksparteilicher Antrag, nach Ablauf von drei Jahren 4 Prozent statt 2 1/2 Prozent Zinsen festzusetzen und ab 1930 gar 5 Prozent. Die 60 Papiermilliarden glaubte Abg. Curtius (D. Sp.) dies noch als ein ganz besonderes Entgegenkommen der Bestehenden bezeichnen zu sollen, da ursprünglich bei den Kompromißverhandlungen die Rechtssozialisten mit 40 Papiermilliarden zufrieden gewesen seien, was schließlich vom Rechtssozialisten Simon-Schwaben bestritten wurde.

Soviel kann heute schon als feststehend bezeichnet werden: Die Zwangsanleihe wird kein sichtbares Opfer des Besitzes, sie ist nach der jetzt vorgenommenen Verschärfung geradezu eine Verhöhnung der durch die letzten Steuervorlagen unerhöht belasteten Hand- und Kopfarbeiter.

Wie die Rechtssozialisten ihr Verhalten gegenüber der Arbeiterschaft rechtfertigen wollen, der sie doch i. Zt. das Steuerkompromiß als einen gewaltigen Erfolg hinstellen, bleibt abzuwarten. Die starken Worte ihrer Vertreter in der gestrigen Ausschusssitzung täuschen nicht darüber hinweg, daß sie sich bereits jetzt von der Grundlage haben abdrängen lassen, auf der seinerzeit das Steuerkompromiß bezüglich der Zwangsanleihe zustande gekommen ist.

Preussischer Staatsrat und Kriegsschuldfrage

Der preussische Staatsrat, dessen Existenznotwendigkeit vom weitaus größten Teil des preussischen Volkes hart beweielt wird, hat von Zeit zu Zeit das Bedürfnis zu einer Staatsaktion. Nicht der ganze Staatsrat, sondern seine bürgerliche Mehrheit. Am Dienstag ist der Staatsrat in seiner Junikongress zusammengetreten. Die Herren der Rechten, die sich im Staatsrat „Preussische Arbeitsgemeinschaft“ nennen, internieren die Staatsregierung, ob sie die Ergebnisse des Eisenerprozesses auch in der richtigen Weise verwerte.

Freiherr von Malbahn verhierte, daß er diese Frage ganz unpolitisch behandeln werde, da er eine Einheitsfront herstellen wolle gegen den Versailler Friedensvertrag. Dieser Vertrag basiere auf der Annahme von der Schuld Deutschlands am Weltkrieg. Die Veröffentlichungen Eisners seien jetzt durch gerichtliche Feststellungen als fälschlich erwiesen, und damit sei dem Versailler Friedensvertrag die Grundlage entzogen. Die Unschuld Deutschlands und des früheren Kaisers seien auch durch eine große Zahl anderer Dokumente und Mitteilungen zur Genüge erwiesen. Es gelte jetzt, einmütig diesen Tatbestand in der ganzen Welt, insbesondere bei den Siegerstaaten geltend zu machen. Damit beendete der Herr von Malbahn seine „völlig unpolitische“ Rede, die von seinen Freunden mit Beifall aufgenommen wurde.

Ganz anders aber wurde den Herren zu Mute, als unter Genosse Dr. Weinberg als erster Diskussionsredner zu der Sache sprach. Weinberg erklärte, ebenso unpolitisch reden zu wollen wie der Vortrager. Es sei ein grotesker Gedanke, die Frage der Schuld am Weltkrieg durch den Spruch eines bayerischen, und gar eines Münchener Schöffengerichts, als gelöst zu betrachten. Der Vorsitzende des Gerichts habe diese Konsequenz abgelehnt. Es sei auch für die treibenden Kräfte des Prozesses mehr Zweck gewesen, den 1919 gemordeten Eisner nachträglich auch noch moralisch zu menseln. Dafür siehe Eisner aber viel zu hoch. — Er soll gefälligst haben. Dabei sind die Veröffentlichungen November 1918 erfolgt, eine Nichtaktenlage durch irgendeine amtliche Stelle erfolgte nicht. Erst im August 1929 kam eine Mitteilung in die Öffentlichkeit, daß die Veröffentlichungen Eisners nicht vollständig gewesen seien, obwohl im Mai 1919 die der Veröffentlichung zugrunde liegenden Berichte im Original in Händen der Reichsregierung waren. Was veröffentlicht worden ist entspricht genau den Originalberichten, und ist so gravierend für die Haltung der in Betracht kommenden Regierungsorgane im Juli 1914, daß die reflexive Veröffentlichung im Interesse der Volksaufklärung geboten ist. Die Öffentlichkeit wird dann erfahren, daß der kaiserlichen Regierung das österreichische Ultimatum an Serbien vor seiner Abendung bekannt war, was die gleiche Regierung während des Krieges immer abgestritten hat. Es geht auch daraus hervor, daß man an gewissen Stellen im kaiserlichen Deutschland Besorgnis hatte, Frankreich könne Serbien veranlassen, das Ultimatum doch anzunehmen, und daß dadurch die schöne Kriegszugangsmöglichkeit wieder im Sande verlaufen könne. Zur Volksaufklärung gehört auch die Befragung des Anstaltens an Frankreich, aus bei Neutralitätsklärung Toul und Verdun durch deutsche Truppen besetzen zu lassen. Auch für die Kriegsschuld der österreichischen kaiserlichen Regierung sind die Verhandlungen des Eisnerprozesses erhellend. Wichtig sei, daß man dem deutschen Volke seine Schuld am Krieg aufhängen könne, es habe nur insofern eine große Schuld, als es keine kaiserliche Regierung nicht schon 1914 davonsagt habe. Kantons habe keineswegs seine Schuldvorwürfe gegen die kaiserliche Regierung zurückgenommen, er habe seine Schrift: „Die der Weltkrieg entstand“, ausdrücklich aufrechterhalten. Wenn man das Volk wirklich aufklären wolle, dann möge man den Brief Verheims veröffentlichen und noch eine Reihe anderer Dokumente und Schriftstücke von dem Brief des früheren Kruppdirektors Mühlau bis zu den Randbemerkungen des letzten Hohenzollern. Den Friedensvertrag, den wir mit Recht verurteilen, können wir nur ändern, wenn wir dem Ausland den Beweis erbringen, daß das heutige Deutschland mit dem Deutschland der Hohenzollern und Junfer nichts gemein hat. Der Versailler Friedensvertrag wird umgeändert werden durch die solidarischen Bemühungen des internationalen Proletariats.

Nach dem Genossen Weinberg sprach der Rechtssozialist Schreck, der ebenfalls Kritik an dem Vorgehen der Rechten übte, aber in einer Weise, daß der nach ihm die Rednertribüne bestiegende Freiherr von Malbahn erklärte, mit Schreck könne er sich verständigen, mit Weinberg aber nicht. Im übrigen gab sich dieser gewiegte Diplomat der Rechten Mühe, die allzugroße Offenherzigkeit seines Kollegen Malbahn etwas zu verschleiern. Anknüpfend an Schrecks Ausführungen über manche Gesetzgebungs- und sonstigen Sünden

der Vorkriegszeit erklärte er: gewiß, auch wir Deutsche haben eine innere Schuld, daß es soweit gekommen ist, aber — diese Schuld geht das Ausland nichts an. Gegen den vom Ausland und ungezungenen Friedensvertrag mühte das deutsche Volk geschlossen an.

In ähnlichem Sinne wie die Ausführungen von Malbahn war eine Erklärung gehalten, die der Zentrumsmann Gilling namens seiner Fraktion ablas. Damit war die Staatsaktion der bürgerlichen Mehrheit des Staatsrats beendet. Die Regierung ließ sich bei den Verhandlungen nicht sehen. Eine Beantwortung der Anfrage erfolgte nicht. Das wertfällige Volk aber sollte aus diesem Vorgang erfahren, wie die Reaktion auf allen Wegen versucht, ihre Ziele zu erreichen.

Verdächtiges Schweigen

Unsere in der gestrigen Nummer gemachten Feststellungen über reaktionäre Umtriebe in Sachsen zum Sturz der republikanischen Staatsordnung und für die Wiedererrichtung der Monarchie, sowie die Feststellungen über die gegenrevolutionäre Verschwörzentrale in München, begegnen in der reaktionären Presse einem verdächtigen Schweigen. Es ist das Schweigen der schuldbehafteten Ertrypen. Die Reaktionen und Monarchisten glauben, ihre Bäden für den Umsturz seien derzeit verdeckt, daß der Plan vor jedem vorzeitigen Bekanntwerden geschützt sei. Diese Hoffnung wurde durch unsere Mitteilungen zerstört, und die Schuldigen wählten, da angesichts des vorliegenden authentischen Materials nicht zu leugnen ist, das beste: sie hielten sich dumm.

Im Gegensatz hierzu bezeichnet eine „zuständige Stelle“ unsere Nachrichten als unsinniges Gerede, das die Gefahr in sich birge, wirkliche Tatsachen in den Hintergrund zu schieben. Wenn jemals „unsinniges Gerede“ gemacht worden ist, dann von der sogenannten „zuständigen Stelle“, die mit dem Dementi entweder ihre vollständige — gelinde gesagt — Naivität und Unkenntnis bekundet, oder aber mit den Verschwörern in Sachsen und Bayern unter einer Decke steht. Die tatsächlich zuständigen Stellen im Reich, in Preußen und Sachsen wissen, daß unsere Mitteilungen keineswegs Gerede sind. Von den Berliner zuständigen Stellen müssen wir deshalb verlangen, daß sie die sogenannte „zuständige Stelle“, die die ungemein bedenklichen Umtriebe in Sachsen und Bayern leugnet, entweder wegen ihrer völligen Kenntnislosigkeit oder wegen ihrer Begünstigung der Verschwörerbanden sofort auslöschen.

Wie ernst in Sachsen selbst die Dinge betrachtet werden, zeigt ein von dem Landesvorstand der USP, Sachsen, dem Landesvorstand der KPD, dem Landesvorstand der SPD, und dem Landesvorstand des ADWD, Sachsen erläßener allgemeiner Aufruf an die Arbeiter, Angestellten und an alle Republikaner, worin auf die Pläne der Feinde der Republik hingewiesen und zur höchsten Wachsamkeit aufgefordert wird.

Provokationen der Reichswehr

Wenn Oberösterreich zum Teil Deutschland verloren ging, so trägt daran ausschließlich das alte System die Schuld, das sich durch seine Polenpolitik gerade in jenem Gebietsteil ungenügend verhalten hat. Aber die gleichen Kräfte sind trotz der Erfahrungen der letzten Jahre nicht gewillt geworden, fahren vielmehr fort, sich und das neue Deutschland ebenso lächerlich zu machen, wie es das alte war. Besonders sind es des Herrn Reichswehrministers Geheer junge Leute, die die Nämung der ersten Zone Oberösterreichs durch die Alliierten und die Besetzung durch deutsche Truppen nicht vorübergehen lassen konnten, ohne den Namen Deutschlands aufs neue in der ganzen Welt zu blamieren. Offiziere der sogenannten republikanischen Reichswehr ließen nämlich schwarz-weiß-rote Fahnen hissen und die Preußenfarben, wohingegen die schwarz-rot-goldene Fahne nicht zu sehen war. Diese Ungehörigkeit wurde an Ort und Stelle sofort geahndet gekennzeichnet, allerdings nicht etwa durch deutsche Behörden, sondern durch eine von den Alliierten gestellte Kompanie Italiener. Vorher war vereinbart worden, daß die Italiener beim Waffenwechsel auch vor den deutschen Fahnen salutieren sollten, aber die Italiener weigerten sich, den Preußenfarben oder den schwarz-weiß-roten Fahnen Ehrenbezeugungen zu erweisen.

Diese Blamage ist dem Geheer wohl zu absonnen, wenn sie nicht auf Kosten der Mehrheit des deutschen Volkes geschähe.

Vom 11. Gewerkschaftskongress

Drahtmeldung unseres Korrespondenten.

Leipzig, 22. Juni

Vierter Verhandlungstag.

Das Referat des Universitätsprofessors Dr. Singheim, das der Kongress gleich nach Eröffnung der heutigen Morgen Sitzung entgegennahm, hob die Verhandlungen des Kongresses weit über ihre Bedeutung der ersten drei Tage hinaus. Gleich bedeutsam in Inhalt und Ausdruck, setzte diese Rede die Delegierten vom ersten bis zum letzten Wort. Als Thema war Dr. Singheim gestellt: „Das zukünftige Arbeitsrecht.“ Aber Singheim verband mit diesem Thema eine Darstellung des gesamten gesellschaftlichen Umstellungsprozesses, dessen tiefste und weitumfassendste Bedeutung darin liegt, daß der Arbeiter aus seiner Abhängigkeit heraustreten und verantwortlicher Mitträger an der Wirtschaft werden wolle. Nur die Erfüllung dieses Drängens und Sehens ermöglichte der Menschheit weitere Fortschritte, weil heute die alten Arbeitsmotive durch neue verdrängt seien, und diese neuen Motive nicht mehr bloß im materiellen Entgelt, sondern in der Rechtsstellung des Arbeiters liegen.

An praktischen Anregungen war das Referat leider minder reich, und vorzeitiger Abbruch der Diskussion hinderte die Entgegennahme solcher Anregungen aus dem Kreise der Delegierten selbst.

In der Nachmittagssitzung sprach Wiffel über die Arbeitsgemeinschaften und wies diese Institution als die Vorstufe für die kommende sozialistische Wirtschaftsordnung, während sich Genosse Simon als Korreferent gegen die Arbeitsgemeinschaften wandte und deren Unfruchtbarkeit, ja direkte Schädlichkeit für die Arbeiterschaft in überzeugender Weise nachwies. Der ihm zuteil gewordene Beifall ging weit über den Kreis der Anhänger der USP und KPD hinaus.

Zum Schluß der heutigen Sitzung kam es zu einem sehr erregten Zwischenfall. Paepow glaubte sich als Vorsitzender befugt, Kritik an den Stimmungsbildern der „Leipziger Volkszeitung“ üben zu müssen, und

der Vorsitzende Leipart unterließ noch diese Anklagen. In energischer Weise wies Genosse Dikmann die Angriffe zurück und stellte fest, daß bisher die „Leipziger Volkszeitung“ noch nicht der Jenjar Paepow unterstehe. Auf den Zwischenfall werden wir noch zurückkommen. (Bericht siehe Beilage.)

Die Getreideumlage im Volkswirtschaftlichen Ausschuss

Die gestrigen Verhandlungen in der vom Reichstags eingeleiteten Kommission zur Beratung der Getreideumlage haben immer noch keine Klärung gebracht. Die bürgerliche Presse berichtet von Kompromißverhandlungen, die hinten herum geführt werden. Genauer war darüber nicht zu erfahren.

In der Kommission erklärte der rechtssozialistische Abg. Thöne im Namen seiner Fraktion, wenn die Mehrheit dieser Kommission geneigt sein sollte, die Anträge der Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei bei der Beratung mit angründe zu legen, daß wir den weiteren Verhandlungen keinerlei Wert mehr beilegen. Zusammenfassend könne er nur sagen, daß sich nach dem Verlaufe der letzten Verhandlungen kaum eine Abklärung ergebe, die Zustimmung der Sozialdemokraten zu einer noch den verhängenden Anträgen geänderter Vorlage zu erlangen.

Der „enabler“ erklärte der Vertreter der Bauernischen Volkspartei, Abg. Heim, obwohl ein Entgegenkommen den Bauern gegenüber notwendig sei, glaube er immer noch, daß sich sowohl rechts wie links ein Weg der Verhandlung finden lasse.

Unterjuchung gegen Dr. Hermes

Der Untersuchungsanspruch des Reichstages vernahm am Mittwoch den Geschäftsführer, Dr. Pöhl, des Vereins gegen das Verfechtungswesen als Sachverständigen, jedoch unter Einschränkung auf die Beurteilung der vom Direktor Pöhl des Winterverbandes in Trier beauftragten „Hilfsleistung“ billiger Beihilfenleistungen zu Propagandazwecken. Der Sachverständige Dr. Pöhl erklärte, daß die billigen Angebote, die der Winterverband aus seinem „Repräsentationszweck“ auch an Beamte mache, ohne zu prüfen, ob ein dienstlicher Verkehr mit der betreffenden Behörde bestünde, geradezu eine Gefahr für jene Beamtenfreie bildeten. Hermes hat weder die billigen Angebote, noch die Annahme dieser Prämien als eine Gefahr für sich erachtet, und wie es scheint, sind sie ihm bisher auch noch nicht gefährlich geworden.

Gärung in der russischen Arbeiterschaft

(DE.) (Drahtbericht.) Tschifol, 22. Juni

Die gespannte Stimmung in Petersburg hält an. Wie der Berichterstatter des Ost-Express erklärt, mußte sich Sinowjew im Petersburger Sowjet gegen die Angriffe der Arbeiter verteidigen, die den gegen die Sozialrevolutionäre angelegten Prozeß als unzeitgemäß und als verspäteten Nachhaft bezeichneten; die Sowjetregierung hätte auf andere Weise mit den Sozialrevolutionären abrechnen können. Es sei Aufgabe der Sowjetführer, den noch irrgeliciten Werktätigen die Augen zu öffnen. Wie die „Krasnaja Gasetta“ meldet, ist es auf einer neuen Arbeiterversammlung in den Petersburger Duhow-Werken zu einem großen Skandal gekommen, der durch Anhänger der Sozialrevolutionäre hervorgerufen war. Die Petersburger „Prawda“ muß ihrerseits eine Gärung unter den Arbeitern der südlichen Wasserwerke verzeichnen; ehemalige Kommunisten seien gegen die Regierung aufgetreten und hätten sich für die Sozialrevolutionäre eingesetzt. Verschiedene Äußerungen der Petersburger Presse lassen durchblicken, daß der von den Sozialrevolutionären bei den Prozeßverhandlungen bewiesene Mut seinen Eindruck auf die Arbeiterschaft nicht verfehlt hat.

Die Rigaer Arbeiter gegen die Moskauer Justiz

Telegramm der „Arbeit“.

Riga, 22. Juni

Am Mittwochabend fand hier eine große Protestversammlung der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei statt. Es sprachen Rosenfeld, Bauer und der russische Sozialdemokrat Wladimir. Die überfüllte Versammlung nahm eine Resolution an, worin schärfster Protest eingelegt wird gegen die Verurteilung eines Moskauer Arbeiters, der die Todesstrafe, den Verteilern bricht die leibliche Arbeiterschaft für die aufopferungsvolle Arbeit Dank aus

Hamburger Faschismus

(B. L. S.) Hamburg, 22. Juni

Gegen die Bäckerei des freideutschen Baues wurden heute mittags vier Sprengkörper geworfen. Der Schaden beschränkt sich auf die Zerstörung einer Fensterscheibe. Wie erst jetzt bekannt wird, soll vor etwa zwei Wochen ein ähnlicher Anschlag gegen die Bäckerei verübt worden sein.

Der Widerhall in England

(B. L. S.) London, 22. Juni

Im Unterhause fragte Wedgwood, ob der Premierminister über Mitteilungen oder Informationen bezüglich eines möglicherweise bevorstehenden reaktionär-monarchistischen Staatsstreiches in Deutschland verfüge, und ob er erklären könne, daß die alliierten und assoziierten Mächte jede Wiedereinsetzung des Hauses Hohenzollern oder Wittelsbach als unfreundlichen Akt ansehen würden. Darnsworth erwiderte, daß unbestätigte Gerüchte von Zeit zu Zeit der Regierung zur Kenntnis kämen, sie verfüge jedoch über keine genaue Informationen.

Berufung im Kallinger-Prozeß

Offenburg, 22. Juni

Die Offenburger Staatsanwaltschaft hat gegen das freisprechende Urteil in dem Prozeß gegen Kapitänleutnant A. v. Kallinger Berufung eingelegt.

Schischerin siedelt in den nächsten Tagen in das russische Vorkriegsgebäude. Unter den Linden, aber, woraus geschlossen werden kann, daß er längere Zeit in Berlin bleiben wird. Sunatsien gefangen. Einer der Gründer der chinesischen Republik, Sunatsien, wurde von chinesischen Truppen gefangen genommen und an Bord eines chinesischen Kriegsschiffes gebracht.

Deutscher Reichstag

Sitzung vom Donnerstag, den 22. Juni.

Präsident Ebert eröffnet die Sitzung 10 Minuten nach 12 Uhr. Der Reichstag beschließt die Einsetzung einer Kommission zur Prüfung der Reichsfinanzverwaltung...

Fortsetzung der Debatte über die Reparationspolitik

Abg. Stämpfer (SPD): Im Rheinland wollen sich Leute hinter die hohe Kommission hecken, wenn die Entscheidung des Reichstags über die Verdreifachung anders ausfällt als sie es wollen...

Abg. Gothein (Dem.): Alle Verträge bedeuten eine schwere Belastung des ganzen deutschen Volkes, aber Abg. Levi proklamiert die Drückerei des deutschen Proletariats...

Abg. Breitscheid (USP):

Auch wir bedauern aufs lebhafteste die Uebergriffe durch französische und sonstige Besatzungsbehörden, wir gehen weiter und bedauern die Tatsache, daß diese Besatzung besteht. Wir halten sie nicht nur für überflüssig, sondern vom Standpunkt des europäischen Friedens aus für außerordentlich bedenklich...

Wir protestieren gegen die Verdröhnung des Selbstbestimmungsrechts der Völker, die sich auch darin offenbart, daß der deutschen Bevölkerung in Ostpreußen jede Möglichkeit genommen ist, mit dem deutschen Volke irgendwie zusammenzukommen...

Die Deutschnationalen haben die Erfüllungspolitik abgelehnt. Sie haben niemals positive Vorschläge gemacht, sie haben nur: Nein, nein! gerufen. Morgen wird uns ja Herr Helfferich wieder mit Säbeln von Zahlen überschütten zur Begründung dieser Ablehnung der Erfüllungspolitik...

Das ist ein Beweis für eine abgrundtiefe Heuchelei, im selben Augenblick, wo Sie die Brotversorgung des deutschen Volkes durch die Ablehnung der Verdreifachung zunichte machen...

Wir tragen ja nur die Lasten von dem, was die Träger Ihres Systems verschuldet haben. Hermes hat sich die Antwort auf unsere in der Interpellation gestellten Frage nach der weiteren Steuerpolitik der Regierung leicht gemacht...

ist die Regierung einverstanden, daß man jetzt im Steueranschnitt die Zwangsanleihe von einer Milliarde Goldmark auf 60 Milliarden Papiermark herabsenken will?

geht, diejenige Klasse, die für das Entstehen des Krieges die Verantwortung trägt, muß auch in erster Linie zu den Lasten aus dem Kriege herangezogen werden. Daß diese Klasse nicht die Arbeiterklasse ist, darüber ist doch wohl Herr Gothein mit uns einer Meinung...

Wir haben unseren Antrag auf Erlassung der Sachverhalte auf neue eingebracht, weil wir glauben, nicht anders mit dem Problem des Ausdehnens im Staatshaushalt fertig werden zu können. Von dieser Stelle aus sind vor acht Tagen von französischen bürgerlichen Politikern Worte der Verhöhnung und Verungüßelung gesprochen worden...

Nach einer Rede des Abg. Dauch (D. Sp.) vertagt sich der Reichstag auf Freitag 2 Uhr, Tagesordnung: Kleine Vorlagen, Fortsetzung dieser Debatte über die Reparationsfrage.

Preussischer Landtag

Sitzung vom Donnerstag, den 22. Juni.

Ein Antrag des Hauptauschusses, fünf Millionen Mark für das rote Kreuz zur Bekämpfung der Hungersnot in Russland zur Verfügung zu stellen, wird ohne Debatte angenommen...

Haushalt des Staatsministeriums

Ministerpräsident Braun: Das Ausland wird, wenn die Behauptung von der Kleinmündigkeit Deutschlands noch weiter aufgestellt wird, die geschlossene Front der deutschen Bevölkerung gegen sich wenden...

Abg. Schulz (SPD.) polemisiert gegen die nationalistische Einstellung der Braun'schen Erklärung. Im weiteren Verlauf seiner Rede attackiert der Redner die USP. an, sie die Einheitsfront des kämpfenden Proletariats sabotiere...

Abg. Dr. Nippel (Dm.) Als den Sozialdemokraten das Wasser an der Kohle sand, konnten sie auch Kriegervereinsreden halten.

Abg. Dr. Schöner (Str.): Die Wahrheit marschiert; Deutschland ist nicht Schuld am Kriege.

Abg. Dr. Preuss (Dem.): Die Einkünfte des preussischen Berufsbeamtenums in die neuen Verhältnisse ist schwer möglich. Aber ein innerer Wandel, eine Anpassung des Berufsbeamtenums an die Republik hat dank der deutschnationalen Kaitation nicht Platz gefressen...

Abg. Dr. Brodt (Strik. P.): Die Demokratie hat sich in den einzelnen Verwaltungskörperschaften noch nicht recht durchgesetzt.

Ministerpräsident Braun: Es ist das beste, endlich mit der Verteilung des Eisernen Kreuzes anzufangen. Einen Antrag, der die Weiterverleihung des Eisernen Kreuzes beantragt, bitte ich abzulehnen.

Abg. Heilmann (SPD.): Wenn behauptet wird, daß die deutsche Regierung durch Dummheit und tausend Tordritten den Krieg verschuldet hat, dann ist diese Behauptung berechtigt. Die deutschnationale Partei verhält sich, mit der Schuldfrage ein Parteigebäude zu machen...

Abg. Kloss (Str.) fordert Annahme eines Antrages, der die Weiterverleihung des Eisernen Kreuzes verlangt.

Abg. Franke (USP.): Aus der bisherigen Debatte ist mit aller Deutlichkeit hervorgegangen, daß ein Kemterschacher unter den Parteien besteht. Dessen kann nur eine großzügige Verwaltungsreform von unten auf, angefangen in den Gemeinden. Mit personellen Veränderungen ist die bürokratische Reaktion nicht zu beseitigen...

Arbeiterkraft. Die Folgen sollen auf Kosten der Arbeiter weggemacht werden. Schändlich ist die Ausnutzung dieser Abrennung durch die Nationalisten, deren verderbliche Politik diese Zustände herbeigeführt hat...

Enttäuschungen für die Kriegsbeschädigten

Der erste Ausschuss des Reichstags beschäftigte sich in den letzten Sitzungen mit einem Gesetzentwurf über Teuerungsausfälle für die Kriegsoffiziere. Wenn die Rentenempfindlichkeit erwartet haben, daß durch diesen Entwurf endlich eine gründliche Regelung ihrer knappen Bezüge durchgeführt würde, so erleben sie eine bittere Enttäuschung...

Da die Vorschläge der Regierung gänzlich unzureichend waren, beantragten die Mitglieder der USPD, eine generelle Erhöhung der Grundrente um 100 Prozent und außerdem eine Erhöhung der Rentenvorschläge. Diese Anträge wurden von allen bürgerlichen Parteien und der SPD. abgelehnt...

Bei § 10 ist das Spruchverfahren gegen den Widerspruch der Mitglieder der USPD ausgeschlossen worden und die Verleumdungsberechtigten sind auf den Reichswerden bei der Fürsorge- und Danntfürsorgestelle verwiesen.

Um einen großen Enttäuschungen der Versorgungsberechtigten zu begegnen, wurde als Verabstimmungssache folgende Entschliessung angenommen: Die Reichsregierung zu ersuchen, durch eine Ausführungsbestimmung zum Darlehenparagrafen § 8) allgemein anzuordnen, daß auch Beschädigte, die eine Rente von weniger als 50 vom Hundert beziehen...

Die Vertreter der USPD. lehnten es ab, sich an dieser Komodie zu beteiligen, die nur das schändliche Verlangen der Parteien rechts von uns in der Kriegsbeschädigtenfürsorge verdecken soll.

Eine peinliche Namensverwechslung

Nicht Bankier Simon, sondern Konsul Simon

In dem kürzlich erschienenen Buche des Rechtssozialisten Anton Fischer, „Die Revolutionärskommandantur Berlin“ wird auf den Seiten 8 bis 16 berichtet über die Bildung der Freiwilligenkorps in den Novembertagen 1918. Gleichzeitig werden dort auch die damit verbundenen finanziellen Schwierigkeiten und deren Lösung durch bürgerliche Geldgeber geschildert...

Bei dem Kentern des Dampfers „Kvar“ haben 37 Menschen ihr Leben verloren. 12 Leichen sind geborgen, die anderen 25, die größtenteils der brasilianischen Mannschaft angehören, konnten noch nicht gefunden werden.

Advertisement for 'Zusammenwachsen' (Hornhaut, Schwielen u. Warzen) featuring a graphic of a foot and text describing the product's benefits for various skin conditions.

Jahkauf nur

bei
Eduard

Auszug Weizen Roggen
Mehl $\frac{12}{11}{8}^{50}$
Auszug Mehl
Spezial-Packung
zu 2. 5 u. 10 Pfd.
Prima Landbrot auf $\frac{1}{16}$ Marken M. 16

Eigene
Dampfmühle
Bäckerei
und
Kaffee-
Rösterei
Centrale
Brunnenstr. 129/30

Margarine
von Mk. 34 an
Sonderangebot
Kaffee $\frac{95}{95}$
sehr fein!



Goldadler

Stein's Kleider-Tage



Mit diesem sensationell billigen Angebot geben wir Ihnen einen neuen schlagenden Beweis dafür, daß wir auf Grund großzügiger eigener Fabrikation ganz besonders leistungsfähig sind.



Was wir leisten, zeigen wir an vielen Beispielen in zehn Schaufenstern

Fenster 1

Dirndlkleider in schönen Mustern, mit Samtband und Spitze garniert **nur 158⁰⁰**

Fenster 2

Dirndlkleider in aparten Mustern, kariert, groß und klein geblümt, mit Samtband und Spitze, extra weit **nur 228⁰⁰**

Fenster 3

Leinenkleider in lebhaften Farben, mit Knopfgarnitur, Gürtel und Ärmel andersfarbig und gesteppt **nur 298⁰⁰**

Fenster 4

Musselinekleider in gepunkteten, gestreiften und geblünten Mustern, offen und geschlossen zu tragen sowie Jumperform, hell und dunkel **nur 348⁰⁰**

Fenster 5

Frottékleider prima Frotté, weiß, mit schmalen und breiten farbigen Streifen, Jumper- und Gürtelform **nur 398⁰⁰**

Fenster 6

Voilekleider weiß und gemustert, in vielen schönen Ausführungen und besonders großer Auswahl. . . . **nur 498⁰⁰**

Fenster 7

Voilekleider prima Vollvoile in weiß, einfarbig u. gemustert, aparte Ausführungen mit Filetsätzen, Doppelvolants und Hand-Hohlsäumen. **nur 798⁰⁰**

Fenster 8

Nachm.-Kleider in Vollvoile, Wolltrikot, Seide u. Cheviot, durchweg besonders gut und geschmackv. verarbeitet **nur 1078⁰⁰**

Fenster 10

Covercoatmäntel in schönen Ausführg.	695 ⁰⁰	895 ⁰⁰	1095 ⁰⁰
Alpakamäntel mit und ohne Stepperei . . .	645 ⁰⁰	895 ⁰⁰	995 ⁰⁰
Strickjacken reine Wolle . . .	575 ⁰⁰	695 ⁰⁰	795 ⁰⁰
Ueberziehjacken mit u. ohne Ärmel . . .	198 ⁰⁰	275 ⁰⁰	375 ⁰⁰

Fenster 9

Modellkleider in Seide, Seidentrikot, Garbadine und Vollvoile, Pa. Stoffe, allerbeste Verarbeitung, neueste Form. **nur 1878⁰⁰**

Fenster 10

Blusen Jumper und andere Formen	69 ⁰⁰	99 ⁰⁰	149 ⁰⁰
Jumper aus Trikot und Wollstoffen	149 ⁰⁰	198 ⁰⁰	298 ⁰⁰
Röcke in vielen Ausführungen	185 ⁰⁰	225 ⁰⁰	275 ⁰⁰
Unterröcke in Wollstoffen, Trikot und Satin	98 ⁰⁰	159 ⁰⁰	198 ⁰⁰

Warenhaus Wilhelm Stein

Berlin N 39, Chausseestraße 70-71.

Der Gewerkschaftskongress in Leipzig

Eigenbericht der „Freiheit“.

Leipzig, 21. Juni

Dritter Tag — Schluß der Vormittagsitzung

Ein dem Kongress noch nicht gedruckt vorliegender Antrag fordert

einheitliche Feier des ersten Mai

und verlangte, daß die politischen Parteien des Proletariats in den Parlamenten für die gesetzliche Festlegung des ersten Mai als Feiertag eintreten.

Die Anträge auf Änderung der Schreibweise der Betriebszeitschriften werden mit Mehrheit abgelehnt.

Zu Punkt 3,

Betriebsräte und Gewerkschaften,

referiert Körpel. Er führt etwa aus: Die meisten Referenten über das Betriebsrätegesetz stellen gewöhnlich an die Spitze ihrer Ausführungen die Behauptung, das Betriebsrätegesetz sei schlecht.

Nachmittagsitzung

Sprecher empfiehlt die Annahme der Resolution Körpel im Namen der Redaktionskommission und abt den Bericht dieser Kommission zu den übrigen Anträgen.

Als nächster Referent tritt der Fabrikarbeiter besorgte die Entschließung Bredt. Die Charakterisierung des Betriebsrätegesetzes als schlecht sei nicht richtig.

Schmitz (Eisenbahnarbeiter, U.S.P.): Die Rede Körpels behandelte in einer einseitigen Kritik an der Tätigkeit der Betriebsräte. Körpel hat offenbar keine Ahnung von den wirklichen praktischen Auswirkungen des Gesetzes.

Herr Müller (Transportarbeiter, U.S.P.): Ich kann mich mit den Ausführungen Körpels nicht einverstanden erklären. Die Betriebsräte sind heute vielfach nur zwischen Unternehmer und Arbeiter gehobene Prellböden.

Scholz (Fabrikarbeiter, U.S.P.): Die Unternehmer haben vorzüglich gegen das Gesetz gearbeitet und dies zu unterstützen versucht. Die Konzernbildung vollzieht sich nach ganz anderen Gesetzen als den von Bredt dargelegten.

Herr Müller (U.S.P.): Der Arbeiterschaft im Lande werden die Ausführungen Körpels unsagbar sein.

Herr Müller (U.S.P.): Wer behauptet, die Unternehmer trieben keine Sabotage, hat zumindest keine Ahnung von den wirklichen Verhältnissen.

Herr Müller (U.S.P.): Die Kritiker der Resolution Körpel haben offenbar deren Inhalt nicht genau an-

gesehen. Alles wird darauf ankommen, welche Kraft die Arbeiterschaft aufbringt.

Körpel macht Mitteilung von einem Aufruf, den die sächsischen sozialistischen Landesorganisationsstellen gemeinsam mit den Gewerkschaften veröffentlicht haben.

Niedel (Gemeindearbeiter-U.S.P.) stellt sich als erster Diskussionsredner auf den Boden des Referates Körpel.

Bei der Abstimmung wird die Resolution Körpel mit der üblichen Mehrheit angenommen.

Die Entschließung Schmitz-Brennig, betr. die Betriebsräte in den Staatsbetrieben wird angenommen.

Als über die Resolution Simon-U.S.P. abgelehnt werden soll, empfiehlt das Bureau und die Redaktionskommission Ablehnung, die denn auch mit 305 gegen 276 Stimmen erfolgt.

Vierter Verhandlungstag

Eigenbericht der „Freiheit“.

Leipzig, 22. Juni.

Die heutige Verhandlung beginnt mit dem Referat von Prof. Dr. Singheimer-Frankfurt a. M. über:

Das neue Arbeitsrecht in Deutschland

Singheimer gibt einen ausführlichen Überblick der bisherigen Entwicklung des Arbeiterrechts, geht dann auf die neuen Gesetzesentwürfe der Regierung ein und endet sein von großer Sachlichkeit und Kenntnis der Materie beherrschtes Referat mit einem Blick in die Zukunft.

Vom Bundesauschuß und Vorstand des ADAP wurde dem Kongress zum Arbeitsrecht folgende

Entschließung

vorgelegt:

Der 1. Kongress der Gewerkschaften Deutschlands nimmt den Vorschlag des Referenten Prof. Dr. Singheimer-Frankfurt a. M. zu den vorstehenden Tagesordnungspunkten im allgemeinen zu und fordert, daß Reichsregierung und die gesetzgebenden Körperschaften das neue Arbeitsrecht im Sinne der hier niedergelegten Grundsätze baldmöglichst verwirklichen.

Das neue Arbeitsrecht soll die Einheit der Arbeitsgesetzgebung für alle Arbeiter, Angestellten und Beamten zum Ausdruck bringen und deshalb sowohl in einheitlichem Geiste aufgebaut, als auch unter einheitlicher Verwaltung geführt werden.

Soweit bis zum Abschluß des Arbeitszeitgesetzes für einzelne Materien der Weg der Spezialgesetzgebung nicht zu vermeiden ist, müssen diese Spezialgesetze den gleichen Grundsätzen sozialer Zwecksetzung und Selbstverwaltung entsprechen.

Der vorgelegte Gesetzentwurf des Reichsarbeitsministeriums erscheint nicht geeignet, das künftige Einheitsarbeitsrecht anzubahnen.

Unter fremden Menschen

Von Maxim Gorki.

Erstmal autorisierte Übersetzung von August Scholz. Amerikanisches Copyright 1918 by William S. Co., Berlin.

Von meiner Mutter sprach der Stiefvater niemals mit mir, nicht einmal ihren Namen hat er, soweit ich mich erinnern kann, je erwähnt.

Einmal stellte ich ihm irgendeine Frage über Gott. Er sah mich an und antwortete in seiner ruhigen Weise:

„Ich weiß es nicht. Ich glaube nicht an Gott.“

Ich dachte an Sitanow und erzählte dem Stiefvater von ihm. Er hörte aufmerksam zu und sagte dann:

„Er hat sich in Gedanken noch mit dem Gegenstande beschäftigt, und wer das tut, der glaubt noch. Ich — glaube einfach nicht mehr.“

„Aber kann man denn das?“

„Gewiß kann man es. Sie sehen doch: ich glaube nicht.“

Ich sah jedenfalls das eine: daß es mit ihm zu Ende ging. Mitleid empfand ich kaum für ihn, zum erstenmal jedoch fühlte ich ein starkes, natürliches Interesse für den sterbenden Mitmenschen und das Geheimnis des Todes.

Da sitzt nun ein Mensch und berührt mein Antlitz mit dem feinsten — ein lebenswarmer, denkender Mensch; er rubriziert die Leute nach den Richtlinien, die sich aus seinen Beziehungen zu ihnen ergeben, und forscht über die Dinge wie einer, der die Macht hat, zu richten und zu entscheiden, es ist in ihm etwas, das mich bedrückt, das mein Ich irgendwie ergötzt und erweitert. Ein Wesen von unbegrenzter Komplexität ist es, ein Gefäß, von einem unbegrenzten Gedankenwirbel erfüllt; wie ich mich auch zu ihm stellen mag, er erscheint als ein Teil meiner selbst, lebt irgendwo in mir, mein Denken beschäftigt sich mit ihm, und der Schatten seiner Seele ruht auf meiner Seele. Morgen wird er ganz und gar verschwinden, mit allem, was sich in seinem Kopfe, seinem Herzen birgt, was ich, wie ich mir einbilde, in seinen schönen Augen

zu lesen vermag. Wenn er nicht mehr sein wird, ist einer der lebendigen Taten, die mich mit der Welt verbinden, zerrissen; wohl bleibt noch die Erinnerung — aber die ist, für immer festgelegt und unverändert, ganz und gar in mir. Das Lebendige, Wandelbare aber — das ist fort . . .

Doch das sind nur Gedanken, und hinter ihnen liegt jenes in Worten Unfassbare, das sie erzeugt und nährt, das gebieterisch zur Versenkung in die Erscheinungen des Lebens zwingt und von jeder von ihnen eine Antwort heischt — warum?

„Es scheint, ich werde mich bald hinlegen müssen,“ sagte er eines Tages, als es draußen so recht vom Himmel regnete. „So eine dumme Schwäche überkommt mich . . . zu nichts hab' ich Lust.“

Tags darauf, beim Abendbrot, entfernte er mit ganz besonderer Sorgfalt die Krümmen vom Tische und von seinen Knien, als wenn er irgendetwas Unsichtbares wegzuschleppen suchte.

„Sieh doch,“ flüsterte die Alte grinsend der Schwiegermutter zu — „wie er sich säubert und putzt.“

Zwei Tage kam er nun nicht zur Arbeit, und am dritten brachte mir die Alte ein großes, weißes Kuvert.

„Da — das hat gestern mittag ein Weibsbild gebracht, hab's ganz vergessen, es dir zu geben. Ein liebes Ding war's — wohl so'n bisschen Verwandtschaft von dir, aber welcher Art, ist schwer zu sagen.“

In dem Kuvert lag ein Briefbogen mit dem Aufdruck des Krankenhauses, und in großer Schrift stand darauf geschrieben:

„Wenn Sie mal eine freie Stunde haben, besuchen Sie mich doch, bitte. Ich liege im Krankenhaus in der Martynowksaja-Straße. G. M.“

Am nächsten Morgen sah ich in einem Zimmer des Krankenhauses, auf dem Bett des Stiefvaters. Er war länger als das Bett, und seine in grauen, nur halb übergezogenen Socken stehenden Füße ragten über den Bettrand hinweg. Seine schönen Augen irrten mit trübem Blick über die gelben Wände und blieben dann an meinem Gesicht und an den kleinen Händen des Mädchens haften, das auf einem Taburett neben seinem Kopfkissen saß. Sie legte die Hände auf die Bettdecke, und der Stiefvater rief, den Mund

öffnend, seine Wange an ihnen. Das Mädchen, ein rundliches Ding mit ovalem Gesicht, trug ein glattes, dunkles Kleid; über ihre Wangen flossen langsam die Tränen, und die feuchten blauen Augen blinzelten unaufrichtig auf das Gesicht des Stiefvaters, auf die scharf vorspringenden Wadenknochen, die große, spitze Nase und den dunklen Mund.

„Man müßte den Priester holen!“ sagte sie leise zu mir, „aber er will's nicht haben . . . begreift nichts mehr.“

Sie nahm die Hände vom Bett und presste sie wie beidend an ihre Brust.

Nur einen Moment kam der Sterbende zum Bewußtsein, sah zur Decke empor und zog die Stirn in ernste Falten. Dann schien er sich an etwas zu erinnern und streckte mir langsam die fleischlose Hand hin.

„Sie sind's? Ich danke . . . Da, sehen Sie . . . Ich fühle mich . . . nicht gut.“

Das ermüdete ihn schon, und er schloß die Augen. Ich streichelte die langen, kalten Finger mit den blauen Nägeln, und das Mädchen fragte leise:

„Jewgenij Wassiljewitsch — lassen Sie ihn doch, bitte, kommen!“

„Machen Sie sich bekannt,“ sagte er, mit den Augen noch ihr hinwinkend — „ein lieber Mensch.“

Er schwieg und öffnete den Mund immer weiter. Plötzlich schrie er auf, heiser wie ein Maie, rückte auf dem Bett hin und her, warf die Decke herunter und begann mit entblößten Armen suchend um sich zu greifen. Auch das Mädchen stieß einen Schrei aus und barg das Gesicht in dem zerfällten Kissen.

Er starb sehr rasch — starb und nahm sogleich einen schönen, ruhigen Ausdruck an.

Ich verließ das Krankenhaus Arm in Arm mit dem Mädchen. Sie schwankte wie eine Kranke und weinte. In der Hand hielt sie das fest zusammengeknüllte Taschentuch, das sie abwechselnd an das eine und andere Auge führte, jedesmal noch fester zusammenknüllte und mit einem Ausdruck betrachtete, als gäbe es für sie nichts Kostbareres auf der Welt als dieses Taschentuch.

(Fortsetzung folgt.)

„Man müßte den Priester holen!“ sagte sie leise zu mir, „aber er will's nicht haben . . . begreift nichts mehr.“

Sie nahm die Hände vom Bett und presste sie wie beidend an ihre Brust.

Nur einen Moment kam der Sterbende zum Bewußtsein, sah zur Decke empor und zog die Stirn in ernste Falten. Dann schien er sich an etwas zu erinnern und streckte mir langsam die fleischlose Hand hin.

„Sie sind's? Ich danke . . . Da, sehen Sie . . . Ich fühle mich . . . nicht gut.“

Das ermüdete ihn schon, und er schloß die Augen. Ich streichelte die langen, kalten Finger mit den blauen Nägeln, und das Mädchen fragte leise:

„Jewgenij Wassiljewitsch — lassen Sie ihn doch, bitte, kommen!“

„Machen Sie sich bekannt,“ sagte er, mit den Augen noch ihr hinwinkend — „ein lieber Mensch.“

Er schwieg und öffnete den Mund immer weiter. Plötzlich schrie er auf, heiser wie ein Maie, rückte auf dem Bett hin und her, warf die Decke herunter und begann mit entblößten Armen suchend um sich zu greifen. Auch das Mädchen stieß einen Schrei aus und barg das Gesicht in dem zerfällten Kissen.

Er starb sehr rasch — starb und nahm sogleich einen schönen, ruhigen Ausdruck an.

Ich verließ das Krankenhaus Arm in Arm mit dem Mädchen. Sie schwankte wie eine Kranke und weinte. In der Hand hielt sie das fest zusammengeknüllte Taschentuch, das sie abwechselnd an das eine und andere Auge führte, jedesmal noch fester zusammenknüllte und mit einem Ausdruck betrachtete, als gäbe es für sie nichts Kostbareres auf der Welt als dieses Taschentuch.

(Fortsetzung folgt.)

„Man müßte den Priester holen!“ sagte sie leise zu mir, „aber er will's nicht haben . . . begreift nichts mehr.“

Sie nahm die Hände vom Bett und presste sie wie beidend an ihre Brust.

Nur einen Moment kam der Sterbende zum Bewußtsein, sah zur Decke empor und zog die Stirn in ernste Falten. Dann schien er sich an etwas zu erinnern und streckte mir langsam die fleischlose Hand hin.

„Sie sind's? Ich danke . . . Da, sehen Sie . . . Ich fühle mich . . . nicht gut.“

Das ermüdete ihn schon, und er schloß die Augen. Ich streichelte die langen, kalten Finger mit den blauen Nägeln, und das Mädchen fragte leise:

„Jewgenij Wassiljewitsch — lassen Sie ihn doch, bitte, kommen!“

„Machen Sie sich bekannt,“ sagte er, mit den Augen noch ihr hinwinkend — „ein lieber Mensch.“

Er schwieg und öffnete den Mund immer weiter. Plötzlich schrie er auf, heiser wie ein Maie, rückte auf dem Bett hin und her, warf die Decke herunter und begann mit entblößten Armen suchend um sich zu greifen. Auch das Mädchen stieß einen Schrei aus und barg das Gesicht in dem zerfällten Kissen.

Er starb sehr rasch — starb und nahm sogleich einen schönen, ruhigen Ausdruck an.

Ich verließ das Krankenhaus Arm in Arm mit dem Mädchen. Sie schwankte wie eine Kranke und weinte. In der Hand hielt sie das fest zusammengeknüllte Taschentuch, das sie abwechselnd an das eine und andere Auge führte, jedesmal noch fester zusammenknüllte und mit einem Ausdruck betrachtete, als gäbe es für sie nichts Kostbareres auf der Welt als dieses Taschentuch.

(Fortsetzung folgt.)

Die Statsberatung im Rathaus

In der Sitzung der Berliner Stadtvorordnetenversammlung am gestrigen Donnerstag begann die Beratung des Haushaltsplans der Stadt Berlin.

Zu Beginn der Sitzung erhob Genosse Dr. Wehl einen scharfen und berechtigten Protest gegen die Einführung des erhöhten Straßbahntarifs, ohne zu gleicher Zeit die beschlossene Ermäßigung zur Einführung zu bringen. Der Redner führte u. a. aus:

„Mit dem heutigen Tage wurde der erhöhte Straßbahntarif in Kraft gesetzt. Die Erhöhung des Tarifs wurde jedoch nur unter der Bedingung gutgeheißen, wenn zu gleicher Zeit die beschlossenen Ermäßigungen laut unseren Anträgen in Kraft gesetzt werden. Diesen Beschluß der Stadtvorordneten hat der Magistrat aufgeblickt. Er hat wohl die Erhöhungen in Kraft gesetzt, an den Ermäßigungen ist er jedoch vorbeigegangen. Nach dem Beschluß soll nicht nur eine Fahrpreisermäßigung für Kinder eintreten, sondern auch für wirtschaftlich unselbständige Schüler und Lehrlinge sowie auch für Kriegsbeschädigte. Der Beschluß war nicht mißzuverstehen. Diese Richtsagung der Stadtvorordnetenversammlung kann sich das Haus nicht gefallen lassen. Wir verlangen von dem Magistrat Aufklärung darüber, welche Stellung er zu den Beschlüssen nehmen will. Meine Freunde haben keine Lust, sich so wie im vorliegenden Falle dem Magistrat behandeln zu lassen. Seine Handlungsweise verstoßt gegen Treu und Glauben! (Sehr richtig.) Wir erwarten eine Erklärung des Magistrats, von der der weitere Verlauf der Sitzung abhängen wird.“

Stadtvorordnete Dr. Adler spielte den Reviden und erklärte, daß eine Nichtbeachtung der Stadtvorordneten dem Magistrat fern liege. Lediglich eine mißverständliche Auslegung des Beschlusses liege vor. Im übrigen werde der Magistrat die beschlossenen Ermäßigungen pünktlich am 1. Juli zur Durchführung bringen.

In der weiteren kurzen Aussprache hielt auch der Vorkämpfer der Forderungen des Redners unfreie Fraktion für berechtigt. Schuhmacher (K.P.D.) stellte fest, daß der Magistrat schon des öfteren sich solche Seitenhänge erlaubt habe.

Es wurde abdamn in die

Statsberatung

eingetreten. Stadtv. Schallbach gab den Ausschussbericht über das Kapitel 14 des Etats (Personal-Etat).

Neben Genossen Wendt wandte sich Genosse Keuter gegen die Aktion des Ausschusses, dem Oberbürgermeister eine Dienstaufhebung zu bewilligen. Unter den gegenwärtigen Verhältnissen lasse sich keine sachliche Notwendigkeit eines solchen Beschlusses feststellen. Einer erheblichen Abfertigung von Geldern für Beamte stimme die U.S.P. zu. An eine Einrichtung neuer Beamtenstellen könne erst geangegangen werden, wenn übersehen werden könne, was wirklich notwendig ist. Im Interesse der Bevölkerung müßten endlich die Erfahrungen großer, moderner Unternehmungen in den Umständen ausgenutzt werden. An den sachlichen Positionen des Etats könne nichts gepart werden. Ersparnisse seien nur möglich durch rationelle Zusammenlegung und Ausnutzung des Personalbestandes. Die U.S.P. bedauere es, daß im Rahmen der Statsberatung am Beamtenstellen nicht gerührt werden könne. Vom volkswirtschaftlichen Standpunkte aus seien unklare Anstellungen unrationell. Die Tendenz, Ersparnisse auf Kosten der Angestellten zu machen, würde unsere Fraktion auf das lebhafteste bedauern. In die wirtschaftlichen Betriebe der Stadt gehörten überhaupt keine Beamten. Die Unabhängige Fraktion beantragte die Streichung der Stellung einer Dienstaufhebung für den Oberbürgermeister und die Forderung der Bezüge in Höhe von 76 Millionen Mark für neue Beamtenstellen so lange zurückzustellen, bis der Magistrat über die Notwendigkeit dieser Stellen noch einer Revision Bericht geben könne. Die Angelegenheit könne dann in einem Nachtragsetat ihre Erledigung finden.

Zu der Position „Allgemeine Kosten der Ernährung“ im Etat des Ernährungsdienstes sprach Genosse Wendt. Er verlangte vom Magistrat, alles zu tun, um das notwendige Kartoffelquantum und Brotgetreide für die Berliner Bevölkerung sicherzustellen. Der gerabreite Ständehof Kartoffelwucher dürfe sich nicht wiederholen. Die Unabhängige Fraktion fordere Maßnahmen zur Bekämpfung dieses Wuchers und Schritte des Magistrats bei der Reichsregierung, daß durch Umlage das für die Berliner Bevölkerung notwendige Brotgetreide gesichert werde. Zum Schluß der Rede der Redner die Annahme unserer zu diesen Fragen im Etat-Ausschuss gestellten Anträge.

Eigentümlich berührte es, daß der Kommunist Schwenk sich im Plenum gegen das von uns geforderte Getreideumlageverfahren wandte, während im Ausschuss die K.P.D. unseren Anträgen sich anschloß.

Stadtrat Richter gab für den Magistrat die Erklärung ab, daß alles in die Wege geleitet sei, um die Versorgung der Bevölkerung mit Kartoffeln zu sichern.

Den Ausschussbericht über das Kapitel 15 des Etats (Jugend-Etat) gab Genosse Keuter. Dem Bericht zufolge hat der Ausschuss an den einzelnen Positionen der Vorlage nur wenige Änderungen vorgenommen. Genossin Lungwitz stellte mit Genugtuung fest, daß bürgerliche Redner das Vorbildliche Arbeiten des Jugendamtes unter Leitung der Genossin Wehl anerkennen müßten. Bei der Jugend, den Trägern unserer Zukunft, dürfe mit Geld nicht gespart werden. Zur Erleichterung von Wanderherbergen stimme die U.S.P. die Erhöhung der Position von 60 000 auf 200 000 Mark zu, das Jugendamt müsse sich jedoch um die Art der Einrichtung dieser Herbergen mehr kümmern. — Bei Redaktionsluß gegen die Beratungen weiter.

In der Irrenhaus-Kaschemme

Unter den Verbrecherstationen der modernen Irrenanstalten stellt sich der furchtbare Svieher so eine Art lebendiger Schredenkammer, wie man sie aus Wachs und altem Plunder in Goshans Panoptikum sah, vor. Er glaubt, und auch hier sei der „Auswurf der Menschheit“ mit grausamen Raubtiergesichtern, kurzgehornten Haar und Sträflingskleidern kaserniert wie im Nachtstall, wo es keine Spur von Lebensfreude, nur Zwangsarbeit gibt. Wie diese trotz ihrer schweren Verfehlungen als Unglückliche zu bezeichnenden Menschen zu ihrer Veranlagung gekommen sind, und was aus ihnen werden soll, das ist der biederen Bürgerseele herzlich gleichgültig. Nicht gewohnt an tiefes soziales Denken, hat das Bürgertum auch für solche Infernie nur das Strohgebälde übrig: Laßt sie möglichst nie wieder auf uns los — laßt sie lebendig begraben sein!

Der dirigierende Oberarzt des festesten Hauses einer großen Irrenanstalt hatte die Freundlichkeit, mich zu einem Besuch einzuladen. Recht oft sollten die Irrenhäuser urteilsfähigen Richtern, die wahrlich nicht aus Neugier kommen,

geöffnet sein. Verheimlicht keinen Winkel, verbergt keinen einzigen Kranken, zeigt alles offen und ehrlich, damit endlich vom modernen Irrenhaus der böse Ruf schwindet und jeder sehen kann: Hier sind keine Schredenkammern... Hier ist ein Krankenhaus! Desmiert deshalb endlich auch, wie es ja selbst viele einseitige Irrenärzte fordern, die so oft mißbrauchten berüchtigten Isolierzellen, in die man nicht selten monatelang bloße Duerulanten steckt, die nie ein Verbrecher begangen haben. Schon das Keuzere der „Verbrecherstation“ macht, wenn man von der Notwendigkeit der überaus festen Fenstervergitterung absieht, nicht entfernt den trostlosen Eindruck wie etwa die Berliner Bastille in der Vedter Straße, die ja nach der Revolution zeitweise tatsächlich eine Schredenkammer und Würdergrube war. Gärtnereiche Anlagen ringsum nehmen sofort dem Vorurteil den Stachel. Auch innen alles den Geist größter Ordnung atmend, fast anheimelnd. Aber das interessiert weniger als die Menschen. Ruhig promenieren sie auf den Korridoren oder sitzen bei irgendeiner freiwilligen Arbeit. Der mehrteilige Garten inmitten der über fünf Meter hohen oben abgeputzten Mauer gewährt täglich 1-2 Stunden zwangloses Luftschnappen. In der Verlobung wird kein Unterschied mit anderen Kranken ge-

Jugend heraus!

Jugendgenossinnen! Jugendgenossen!

Am Sonnabend, den 24. Juni, findet in Pichelsberge die Sonnenwendfeier statt.

Beginn nach 12 Uhr.

Eltern und Parteigenossen und Genossinnen sind herzlichst dazu eingeladen.

Sozialistische Proletarier-Jugend.

Bezirk Berlin-Brandenburg.

macht. Nur ist die Kontrolle im Verkehr mit der Außenwelt begreiflicherweise ganz außerordentlich scharf, trotzdem das Briefschreiben und Briefempfangen nicht wie im Gefängnis beschränkt. Wenn ich Akten lesen oder auf jede Erklärung des Arztes hören will, muß ich klopfen über Eindreher, Räuber, Sittlichkeitsverbrecher, Totschläger und Wörder. Das geübte Auge entdeckt leicht allenhalben Entartungsmerkmale, aber nur wenige sehen so aus, daß man ihnen ohne weiteres das Schlimmste zutraut. Viele könnte man, wozu auch ihre selbst hier deutlich hervortretende Eitelkeit beiträgt, mit ihren guten Manieren unter die Gentlemanverbrecher reihen. Der Verkehr mit den Ärzten und Pflegern ist ruhig und höflich. Revolutionen und Prügeleien sind selten. Ausbrüche kommen fast gar nicht mehr vor.

Und das sollen alles gemeingefährliche Geistesranke sein? Na ja, geistig minderwertig ist jeder Gewohnheitsverbrecher, der in seinen kranken Handlungen ein Geschäft, einen Erwerb, eine „Arbeit“ sieht. Um das zu wissen, brauche ich nicht Psychiatrer zu sein. Aber geisteskrank und nicht strafverantwortlich? Wo ist da die Grenze? Der Oberarzt wird unsicher. Er fühlt wohl selbst, wie seine Wissenschaft, wenn sie wollte, nach gleichem System noch tausend und aber tausend, die in den Staatsgefängnissen sitzen, die Annehmlichkeiten der Irrenhaus-Kaschemmen verschaffen müßte. Viel haben hier die „glücklichen Geistesranke“ vor ihren Junggenossen im richtig gehenden Rittchen voraus. Und doch fühlt sich kein einziger glücklich, weil keiner weiß, wann ihm die Freiheitshunde schlagen und ob er überhaupt je wieder Freiheitluft atmen darf.

Nationalistische Demagogie

Unsere reaktionären Nationalisten tiefen nur so von rein demagogischer Volksfreundlichkeit, wenn sie ihnen nicht kostet und den unaussärlären nur Sand in die Augen streut. Neuerdings laufen sie in allen Bezirken gegen die Ausländer Sturm, die den „deutschen Volksgenossen“ die Wohnungen wegnehmen. Der Zweck der Uebung ist natürlich nur eine verdeckte Hebe gegen die Außenpolitik des Reiches und gegen das Auslandskomitee Amt, das nach Meinung dieser Patrioten an nationaler Knochenweichung leidet. Gegen aus Rußland geflüchtete Reaktionäre à la Kowaloff-Vermondoff usw. hat man aus den Reihen der Herrschaften nie ein Wort gehört. Ihnen haben es die Entente-Kommissionen nie angetan. Sie wissen natürlich ganz genau, daß Deutschland diese Ausländer aufnehmen muß, auch mit Rücksicht auf die Interessen von Millionen Auslandsdeutschen. Aber sie reufen damit, daß von Anwälten-Kunzes antisemitisch-chauvinistischen Redensarten immer etwas hängen bleibt, da die Dummheit ja leider nicht so schnell alle werden. Reichlich erlebte man in Schwabera das Schauspiel einer stundenlangen Debatte, jetzt liegt in Wilmsdorf ein neuer Antrag auf Veranstaltung einer Ausländerkassette vor. Ruben wird sie natürlich niemanden etwas, aber die Agitationsreden gegen „Juden und Sozialdemokraten“ können passend an den Mann gebracht werden.

Eine schüchterne Republikanerin

Bei der Beratung des Etats der städtischen Krankenhäuser, stellen die Kommunisten den sehr vernünftigen Antrag, die an die schönen verflorenen Zeiten aus Wilhelms Tagen erinnernde Bezeichnung „Kaiser- und Kaiserin-Friedrich-Kinderkrankenhaus“ in „Kinderkrankenhaus Wedding umzuändern. Da wir ja eine „Republik“ haben, hätte man vermuten sollen, daß Republikaner auch für diesen Antrag stimmten. Daß die Antirepublikaner vom Zentrum und der Demokratie aus „pietätvoller Anhänglichkeit“ an ihre „bessere“ Vergangenheit natürlich für die Erhaltung monarchistischer Bezeichnungen stimmten, nimmt uns nicht wunder. Aber mit ihnen stimmte gegen die andern Stimmen der drei Linksparteien die Sozialdemokratin Wagnodajnsin, indem sie sich der Stimme enthielt. Man braucht sich halt nicht wundern, wenn die Republik auf keinen grünen Zweig kommt. Wenn ihre eigenen Anhänger nichts für sie tun, dann kann freilich unsere Republik, die nach Ober, „die freieste der Welt“ ist, nicht gedeihen.

Agitiert auf dem Lande für den Sozialismus

Die bevorstehende Urlaubs- und Ferienzeit führt viele unserer Genossen aufs Land. Es bietet sich hierbei gute Gelegenheiten, mit den Proletariern auf dem Lande zu diskutieren und sie mit dem Sozialismus vertraut zu machen. Selbst öffentliche Versammlungen sind oftmals möglich, wenn die Berliner Genossen dieselben übernehmen. Für die Provinz Brandenburg teilen wir gern die Adressen der

Funktionäre und Vertrauensleute mit zwecks Aufnahme von Verbindungen. Vor allem ist notwendig, für unsere Provinzpresse „Freier Volkswille“ zu agitieren. Bei jeder sich bietenden Gelegenheit muß in der Provinz Brandenburg auf den „Freien Volkswillen“ hingewiesen und zum Abonnement aufgefordert werden. Bei jedem Postamt ist die Bestellung möglich, da derselbe im zweiten Nachtrag der Postzustellungsliste enthalten ist. Probenummern senden wir gern zu. Die Bezirksleitung.

Der „Jugend-Genosse“ erscheint wegen Platzmangels nicht heute, sondern erst morgen.

Vertagter Verteidigungsprozess. Vor dem Schöffengericht Mi-Moabit sollte Donnerstag der Verteidigungsprozess des jetzigen „Vorwärts“-Redakteurs Ruttner gegen den früheren „Vorwärts“-Redakteur Davidsohn, der kürzlich vorübergehend auch in unserer Redaktion tätig war, verhandelt werden. Der Beklagte war jedoch nicht erschienen, weil sein Verteidiger, Theodor Liebknecht, nicht in Deutschland, weil. Der Anwalt des Klägers warf dem Beklagten vor, den Prozess zwei Jahre lang verschleppt zu haben. Das Gericht beschloß die Vertagung der Verhandlung und die zwangsweise Vorführung des Beklagten. In dem Prozess handelt es sich um Behauptungen, die Davidsohn gegen Ruttner aufgestellt hat wegen dessen Formierung des Freiwilligen-Regiments Reichstag bei den Januar-Kämpfen des Jahres 1919.

Auch die Hochbahn erhöht die Tarife. In den nächsten Tagen wird auch die Hochbahn ihre Tarife erhöhen. Wahrscheinlich bei einer Fahrt von fünf Stationen auf 3,50 M. bzw. 4.- M. in der dritten und zweiten Klasse. Der genaue Tarif soll noch veröffentlicht werden. Ebenso werden die Omnibusse teurer.

Die Berufsschulpflicht bis zum 18. Jahre. Einen bedeutenden Fortschritt auf dem Gebiet des Fortbildungsschulwesens bedeutet das vom Magistrat Berlin beschlossene Ordngesetz über die Berufsschule. Für die männliche Jugend war in Berlin die Berufsschulpflicht bis zum 17. Jahre im Jahre 1906 und für die weibliche Jugend im Jahre 1913 eingeführt worden. Diese 17. und 18jährige Erfahrung hat mit aller Deutlichkeit gezeigt, daß im allgemeinen die Zeit für die berufliche Fortbildung der Jünglinge und Mädchen nicht als ausreichend betrachtet werden kann. Mit den bisherigen Befreiungen einzelner Berufsgruppen von der Fortbildungsschulpflicht soll gründlich aufgeräumt werden. Auch die Schüler und Schülerinnen der höheren Lehranstalten, die vorzeitig die Schule verlassen, werden jetzt zum Besuch der Fortbildungsschule verpflichtet. Die männlichen Berufsschulpflichtigen sind im wesentlichen schon bisher von den Fortbildungsschulen erfasst worden; es kommen nur noch etwa 300 weitere Schüler in Frage. Die bisher freigestellten Berufsgruppen haben zumeist eigene Fortbildungsschulen eingerichtet. Neu werden nur die Angehörigen der Fischerei und Schifferei und der Auswanderungsunternehmen hinzuzutreten. Bei den weiblichen Berufsschulpflichtigen soll vorläufig von der Einschulung der Hausangestellten und Hauswirtschafterin abgesehen werden, so daß höchstens ein Teil der Schulpflichtigen von der Pflichtschule auf die Pflichtschule übernommen wird. Die Schulpflicht soll in Zukunft sechs Stunden wöchentlich betragen, wodurch allein in Alibi-Verband Ausgaben von 608 200 M. entstehen, für ganz Berlin werden sie zusammen auf 600 000 M. geschätzt. Ihnen stehen die von der Stadt zu erhebenden Schulbeiträge von den Arbeitgebern und die Staatszuschüsse mit bisher 750 000 M. gegenüber. Da höhere Summen zu erwarten sind, werden sich Mehraufwendungen durch die Ausdehnung der Berufsschulpflicht auf das 18. Lebensjahr kaum ergeben.

Religiöse Erziehung. Die Berliner Elternbeiräte wählen haben geeigelt, wie sehr unsere eigenen Klassen-genossen noch im Banne der Kirche und damit im Banne der Reaktion stehen. Wer will, daß ein wirklich freies Deutschland erhebe, Sorge dafür, daß eine wirklich frei denkende Jugend herananzogen werde. Dazu ist nötig, daß die schulpflichtigen Kinder aus dem Schulreligionsunterricht herausgenommen werden; hier wird ihnen nicht Wissen, sondern Glauben beigebracht. Wenn in ganz Preußen 117 794, also 2,3 Prozent, aller preussischen Kinder vom Religionsunterricht abgemeldet sind, so sind das für moderne Menschen beschämende Zahlen. Die Bewohner Berlins müßten hier vor allem in der Erziehung ihrer Kinder ihre Wahrheitsliebe betätigen.

Um dem Einwande zu begegnen, daß die aus dem Religionsunterricht abgemeldeten Kinder von den religiösen Vorstellungen ihrer Vorfahren und Mitmenschen nicht erfahren und somit eine Lücke in ihrem Wissen entsteht, hat die Freireligiöse Gemeinde Berlin seit Jahren Unterricht in Soziologie der Religion — Religionsgeschichte, Lebenskunde, Gemeinschaftskunde — eingerichtet. Der Unterricht ist öffentlich. Nichtmitglieder zahlen nur pro Kind und Monat 3 M.; bis zu den großen Ferien nichts. Unterricht wird erteilt: Ruhetage, 6-8; Montag von 3-5; Levetowstraße 26; Donnerstag von 4-6; Weichenburger Str. 4; Donnerstag von 3-5; Reichensberger Str. 44; Montag von 3-5; Kopenstr. 84; Freitag von 3-5; Tempelhofer-Friedrich-Wilhelm-Str. 84; Mittwoch von 3-5; Niederschöneweide, Berliner Straße; Freitag von 3-6; Köpenick (nach den großen Ferien), Wilhelmstraße 2 und Borjmannstr. 28; Dienstag von 3-5 Uhr. Jede Auskunft erteilt die Geschäftsstelle, Pappelallee 15.

Ein „Amlicher Fahrplan“ der Berliner Straßenbahn wird sofort nach Inkrafttreten der neuen Tarifordnung von der Leitung der Berliner Straßenbahn herausgegeben werden. Er gilt zunächst für den Sommer 1922 und bietet eine anschauliche Uebersicht über die mehr als 100 Straßenbahnlinien der Berliner Straßenbahnen.

Jugendfürsorge „Heim Lindenhof“. Eltern und Jugendliche, die in eigener oder in Beobachtung anderer Sache Wissenswerkes mitteilen wollen und können, werden ersucht, diesbezügliche Angaben gelangen zu lassen an Karl Schülke, Schiedsmann, Lichtenberg, Ariemhildstraße 5, Karl Döbel, Bezirks-Vorsteher, Lichtenberg, Gubrunstraße 8. — Bei Schweregehalt wird, soweit wie gewünscht, zugestimmt.

Der Bildungsanschuß Treptow-Baumhuldenweg veranstaltet am Freitag, den 23. Juni, in der Treptow-Sternwarte seine 10. Vortragsreihe wissenschaftlicher Filme. Diese Vorträge erfreuen sich eines ständig wachsenden Zuspruchs und sind der beste Beweis für das ernste Bildungsstreben der organisierten Arbeiterschaft, die den alten Lehrfilm dem landläufigen Schund- und Sensationsfilm vorzieht. Während die Besucherzahl am 1. Juli 1921 (2. Vortragsreihe) 365 betrug, ist sie jetzt auf 1350 (9. Vortr. am 19. Mai) gestiegen, so daß drei Vortragsreihen erforderlich geworden sind: 3 Uhr (Rindervorkellung, Eintritt 1.- M.), 6 Uhr 4.- M. und 8 Uhr 5.- M. Das vorläufige anlassliche Programm für den 23. Juni enthält: 1. Der Sonnenstich, 2. Das Pflanzen- und Tierleben und Verwendung zu Solfacet und Hausseifen, 3. Von Blumen, Früchten und Insekten, 4. Insekten, die im Wasser atmen, 5. Moderne Körperkultur, 6. Pflanzensystem, ein Schakalstein, 7. Mittelwald im Winter, 8. Wogen des Meeres, 9. Tridillium (Scherz). Karten sind an der Kasse zu haben.

Der Arbeiter-Samariterbund veranstaltet am Sonntag, den 25. Juni, von 2-6 Uhr, auf dem Tempelhofer Feld eine öffentliche Uebung. Der Zutritt ist kostenlos.

Zohnerhöhung am 3. April d. J. erfolgte. Aber weit gefehlt: die Zigarrenfabrikanten lehnten erst eine Rückwirkung ab und boten insgeheim Lumpige 25 Prozent Zulage. Dieses Angebot ist eine Verhöhnung der gesamten deutschen Tabakarbeiterchaft. Es gipfelt in dem Bestreben, die Tabakarbeiter ganz dem Elend preiszugeben.

Das können und dürfen sie sich nicht gefallen lassen, auch die deutschen Tabakarbeiter haben ein Recht zum Leben; das Leben, das sie bisher führen konnten, war schlimmer als ein Dohinvegetieren.

Die Empörung ist bis zur Siedehitze gesteigert, lange genug haben sie in Geduld ausgeharrt; jetzt gilt es, diejenigen zur Rechenschaft zu ziehen, welche es jahrelang verstanden haben, sich auf Kosten der Arbeiter zu bereichern. Lange genug haben die Arbeiter um ihre Existenz gerungen, jetzt ist es aber Zeit, das Ziel zu erreichen. Die deutschen Zigarrenarbeiter und -Arbeiterinnen sind heute vermöge ihrer starken Organisation imstande, den Weg einzuschlagen, den sie für richtig halten. Einmütigkeit und Geschlossenheit ist in dieser ersten Stunde die wichtigste Aufgabe der gesamten deutschen Tabakarbeiterchaft.

Verband der Buchbinder und Papierbearbeiter. Vom Donnerstag, den 22. 6. 1922 bis Sonnabend, den 24. 6. 1922 einschließlich, findet die Urabstimmung über die Forderungen in den Betrieben statt. Stimmzettel sind der Buchbinderzeitung Nr. 26 beigelegt und müssen dieselben bis Sonnabend, den 24. 6. 1922, 8 Uhr abends, spätestens, auf dem Büro abaeckeltet werden. Einzelmitglieder wählen auf dem Büro. Die Vertrauensleute und Betriebsfunktionäre ärztlicher Betriebe sind gehalten, das Resultat der Abstimmung ihres Betriebes mit den Stimmzetteln zusammen einzuzureichen. — Die Urabstimmung.

Angehörige der Groß-Berliner Metallindustrie! Die am 21. Juni mit dem VDMZ. geführten Verhandlungen bezüglich Festsetzung der Juni-Gehälter sind durch das zu

geringe Entgegenkommen des VDMZ. ergebnislos verlaufen. Wir haben sofort das Reichsarbeitsministerium angereuert und werden vor demselben voraussichtlich am 26. Juni Verhandlungen stattfinden. — Kfa-Bund, Ortskartell Groß-Berlin.

Bergmann-Werke Betriebsversammlung der Angehörigen. (Berliner Bez.) Nachmittags 4 1/2 Uhr vor dem Verwaltungsgebäude. Tagesordnung: 1. Bericht über die Verhandlungen mit dem VDMZ., 2. die angekündigte Maßregelung des Kollegen Hoffe.

Parteiveranstaltungen

Freitag, den 23. Juni.

- 3. Diktat. Mitte. Die am 23. 6. angelegte Vorhandlung findet erst Freitag, den 23. 6. statt.
- 4. Diktat. Allgemeine Betriebsversammlung. Schulhaus, Adenauer Str. 2, abends 7 Uhr. Thema: Reichsmittelgesetz und seine Auswirkung auf die Arbeiter. Beschl. bringen nötig.
- 12. Diktat. Abends 7 Uhr Funktionär-Konferenz bei Hoffmann, Adenauer Straße 2.
- 20. Diktat. 11-12. Abkündigung. Betriebsversammlung. Schulhaus Adenauer Straße 2, abends 7 Uhr. Alle Handwerker einladen. Reichsmittelgesetz.
- 21. Diktat. Bezirksführer und Leitungskomiteemitglieder der Bezirke 1-9, 11, 19, 20, 23, 24. Abends 8 Uhr kurze Besprechung in der Expedition, Redarstraße 3.

Sonnabend, den 24. Juni.

- 5. Betriebsversammlung. 17. Diktat. 17 Uhr, Treffpunkt am Schönen Buchhof, Mohrstr. 10. Thema: Reichsmittelgesetz und seine Auswirkung auf die Arbeiter. — Alle Genossinnen und Genossen mit Kindern nehmen daran teil.
- 12. und 13. Diktat. Gemeinamer Nachlass nach Hermsdorf-Glinde. Treffpunkt 8 Uhr, Buchhof Gesundbrunnen. Rindbühl 7 Uhr. Hermsdorf.

Sonntag, den 25. Juni.

- 5. Betriebsversammlung. Männer-Chor U.S.V. Familienausflug nach Ebdama (Sandhau). Treffpunkt: 8-9 Uhr vormittags am Bahnhof Ebdama. Sämtliche Parteigenossen des 5. Betriebsbezirks sind hierzu eingeladen.
- 12. und 13. Diktat. Gemeinamer Nachlass nach Hermsdorf-Glinde. Treffpunkt 8 Uhr, Buchhof Gesundbrunnen. Rindbühl 7 Uhr. Hermsdorf.

Schule Breitenburger Straße 58-60. Tel: Kochstraße 2601. Zum Gebirgstr.

Vereinskalender

Sonnabend, den 24. Juni.

Genossenschaft der Maschinen- und Feinwerkzeughersteller. Besprechung am 7 Uhr, im Restaurant „Grüner Baum“, Weidenf. Berliner Allee 142. — **Abend:** abends 7 Uhr, bei Stippel, Köpenick, Köpenicker Straße 6. — **Spandau:** abends 7 Uhr bei Hinz, Spandau, Fiedlerstraße 7. — **Teltow:** abends 8 Uhr, bei Gräber, Fiedlerstraße 7. — **Moabit:** abends 7 Uhr, bei Mari, Köpenicker Straße 100. — **Oranienburg:** abends 6 1/2 Uhr, bei Pöschel, Oranienburg, Ringstraße. — **Eden:** abends 7 Uhr, bei Pöschel, Oranienburg, Ringstraße. — **Eden:** abends 7 Uhr, bei Pöschel, Oranienburg, Ringstraße.

Sonntag, den 25. Juni.

Bereitstellung der Freunde von Weidmann und Käferlehen. Genosse Pfarrer Bielefeld spricht am Sonntag, den 25. Juni, im Reichshaus, über „Die Verhältnisse der Arbeiter in der Textilindustrie“. Die Veranstaltung geht von der Vereinigung der Freunde von Weidmann und Käferlehen aus. Die Fahrt nach Reichshaus erfolgt 9.42 Uhr von Bahnhof Charlottenburg aus. — **Proben:** im Reichshaus.

Arbeiterport

Die Rekonstruktion des Ferien-Arbeiter-Bundes Berlin am Sonntag, den 25. Juni, nachmittags 3 Uhr im Reichshaus, nach dem Aufbruch eines jeden freitags interessierten Genossen werden. Das Programm der Rekonstruktion ist reichhaltig und berücksichtigt außerordentlich wichtige Punkte. Die Eintrittspreise sind niedrig gehalten und es wird durch ein gutes Konzert für Unterhaltung während der Pausen bestens gesorgt.

Jugendbewegung

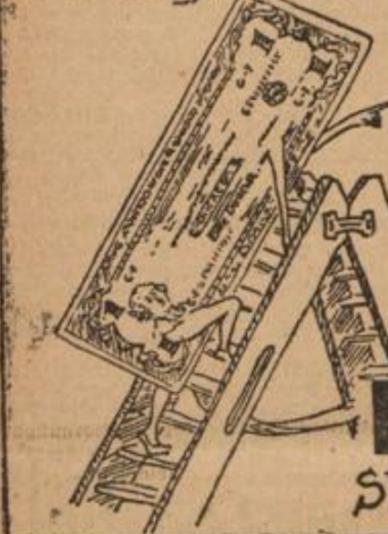
S. S. J. Gruppe Süd-Ost. Treffpunkt zur Sonntagsfeier, Sonnabend, 7 Uhr, Schillerplatz, an der Post.

Verantwortlich für die Redaktion Emil Kaud. Berlin: für den Inhalt und geschäftliche Mitteilungen: Ludwig Keweniger, Berlin. — **Verlags-Gesellschaft „Friedrich“** e. V. m. b. H. Berlin. — **Druck:** von Gehring & Neimark, G. m. b. H., Berlin SW. 68, Ritterstraße 75.

Der Dollar steigt

Aber wir bringen Ihnen noch billige Waren zu alten Preisen!

Die Ware klettert nach



- | | | | | | |
|---------------------|--|-------|-------------------------|------------------------------|-------|
| Militärnessel | gute Qualität, für Leibweiche, 70 breit | 3950 | Herrentücher | rot und blau, beste Qualität | 975 |
| Regattastoff | für Knabenanzüge, in hell und dunkel gestreift, 70 breit | 4950 | Tennis-Sporthemd | Länge 70 cm | 9850 |
| Panama | schwarz, feste Ware, für Jacken und Schürzen | 9500 | Wiener Schürze | aus festem Stoff | 6950 |
| Voile | einfarbig, in großen Farbortimenten, 115 breit | 9500 | Herren-Trikot-Hemden | Normal-Farbe | 9800 |
| Damen-Strickjacken | reine Zephyrwole, in all. Farb. u. Gr. St. nur | 79500 | Echte Eau de Cologne | Flasche | 1050 |
| Seidenjumper | entsprechende Farben, Stück | 42500 | Dauerhafte Markt Tasche | mit Lederhebel | 3950 |
| Herren-Vorhemd | m. festem w. Kragen, weiß | 3950 | Einmachgläser | 3 Liter Inhalt | 895 |
| Piqué-Sportkragen | mit Verbinden | 1375 | Speiseteller | teuf oder Lack | 400 |
| Selbstbinder | breite offene Form | 1950 | Stubenbesen, Roßhaar | | 6500 |
| Leinen-Batisttücher | mit gestickter Ecke | 575 | Waschgarnituren | Stellig, dekoriert | 17500 |



LOEWENBERG & CO
SWINEMÜNDER STR. 86 ECKE LORTZINGSTR.

Theater u. Vergnügungen

- Volksbühne** 7 1/2 Uhr: Der Traum ein Leben
- Neues Volkstheater** Köpenicker Straße 68 7 1/2 Uhr: Heuchler
- Staats-Theater** Opernhaus 6 Uhr: Mona Lisa
- Georg-Poppau** 7 1/2 Uhr: Peer Gynt
- Deutsches Theater** 7 1/2 Uhr: Parash und Perimutter
- Kammerspiele** 19.-26. Geschlossen
- Großes Schauspielhaus** 7 1/2 Uhr: Die verrückte Glocke
- Komödienhaus:** Gretchen
- Berliner Theater** Madame Frit
- Walhalla-Theater** Gasthaus zur Liebe
- RÖTTER-BÖHNEN** Täglich 15 Uhr: Residenz-Theater Eine Frau ohne Bedeutung
- 7 1/2 Uhr:** Trion-Theater Moral v. Luow. Thoma
- Wannar-Theater** 7 1/2 Uhr: D. beiden Nachtigallen
- Theater am Nollendorfplatz** 7 1/2 Uhr: Verliebte Leute
- Theater des Ostens** (Kino-Theater) 8 Uhr: Berlin - Wien - Tannentempel
- Berliner Prater** Kastanien-Allee 7 1/2 Uhr: Die Prinzessin vom Nil
- Metropol-Varieté** Behrenstraße 54: Festvorstellung für Ernst Hiesel
- Theater am Kottbuser Tor** Tägl. 7 1/2 Uhr: Elite-Sänger
- Gewerkschaftshaus** Engelstr. 25: Heute abds. 8 Uhr: Knabe od. Mädchen

Vorzügliche Küche, wohlgepflegte Biere bei Musik u. Gesang
betreibt das Heim d. Berliner Arbeiterschaft „Gewerkschaftshaus“, Engel Uter 25

Färberei Nord-West reinigt und färbt in 3-5 Tagen Express in 24 Stunden
Fabrik und Annahme Alt-Moabit 60
Telefon: Hanna 1070
Annahmestellen: Augsburger-Str. 82, Schönhaer Allee 176, S. Arzestraße 12, Uhlandstraße 74, Kastriner Straße 22, Eis. an der Straße 89

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltung stieße Berlin
Todes-Anzeige.
Den Kollegen zur Nachricht, das unser Kollege, der Former **Otto Klinzky** am 18. d. M. ge. torben ist.
Ehre seinem Anoenken!
Die Beerdigung findet am Freitag, den 23. d. M. m trags 12 Uhr, von der Leichenhalle des Krematoriums Berlin, Gerichtstraße, aus statt.
Begr. Beteiligung erwartet
Die Ortsverwaltung.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungstieße Berlin N 54
Linienstr. 83-85
Geschäftszeit von vorm. 9 bis nachm. 4 Uhr
Telephon: Amt Norden 533, 534, 535, 536

Teilzahlung! Garderobe
für Damen, Herren und Burachen
sehr preiswerter, infolge groß. alter Lagerbestände
bei bequemen Ratenzahlungen
H. Tyra & Co.
Berlin, Beusselstr. 20

Möbel-Fabrik Rob. Seelisch
Berlin O 112, Rigaer Str. 71-73a, 5 Min. v. Bf. Frankfurt Allee
Gegründet 1876
empfiehlt zu bekannt billigen Preisen bei solider Ausführung
Komplette Schlafzimmer Speisezimmer Herrenzimmer einfachen und besseren Genres
Küchen farb. u. naturglasiert in allen Preislagen
Gekaupte Möbel können beliebige Zeit kostenlos lagern.

Stück von 70 Mk. an TRAURINGE
billiger
Stets vorrätig am Lager
Trauringfabrik Minoga BERLIN O.
Grüner Weg 69
1. Filiale: Dresden Str. 31

Berfammlung
der Ost-Grp. IV Untergruppe 12, im Lokal von Bsch. Weberstraße 6.
Tagesordnung:
1. Aufgaben und Rechte der Betriebsräte.
2. Reform der Gruppenleitung.
3. Gruppenangelegenheiten.
Ohne Mitgliedschaft kein Zutritt.
Sitzung: Sonnabend, den 24. Juni 1922, abends 6 Uhr.
Berfammlung
der Selbständigen und Stammer im Lokal von Bsch. Finkenauer Straße (am Bahnhof Wedding) 114.
Erfolten aller Kollegen ist Pflicht!
Die Ortsverwaltung.

Soeben erschien! Z. LEDER Soeben erschien!
Die Offensive des Kapitals u. d. Einheitsfront des Proletariats
Der Verfasser schildert auf Grund des erschöpfenden Materials wie die Offensive des Kapitals in verschiedenen Ländern aussieht, welchen Gründen sie entspringt und welche Ziele sie verfolgt.
Preis Mk. 12.—
Verlag Carl Hoym Nachf. Louis Cahnbley, Hamburg 8

Geld
für jede Verfassung, 500 bis 1000 Mark, 14 Karat Gold 885 gest., 8 Karat Gold 333 gest.
Für 50 Mark
wöchentlich erhalten Sie bei kl. Anzahlung ein Möbel jeder Art
20 Mark
Zerendorfer Str. 54
Barthel
Aitmetalle
unüberbietbare Preise
zahl. Tagespreise für Kupfer, Messing, Blei, Zink etc.

Alle Seilenhändler
decken ihren Bedarf in Toiletenseilen, 1a Kerenseilen, 1a Faßseifen, Seifenpulver usw. im Seifenlager
Emerich A. Salgo
N 54, Lothringer Straße 38, Hof

Spezialarzt
für Haut, Horn, Bronchienleiden, Ekzeme, Hauterkrankungen, Rheumatismus, Gicht, Blasenleiden, Bluthochdruck, Diabetes, etc.
Dr. med. Lommer
Ambulatorium, 10-11, 4-7, 11-12
zwischen Hohenheimer Ufer und Invalidenbrücke
Brunnenstr. 105.

Kleide Dich billig, elegant!
im Leihhaus Moritzplatz 58a
Jackett-Anzüge, Covercoats, Gummimäntel, Cataways, Schlüpfer
Jahres von 1000 M. an. Ferner Damen-Kostüme, Mäntel, Wäsche, Topptische, usw. billig. Perücken, Kreuzstühle 400 M. led. Uffchen, Klau, Kitherrücken, Klauke, Wähe, Leuch. sportpelen
Geputzte unsere billig. Damen-Polizei 599 M. Polzeidamen (Keine Lombardware.)